

P R O T O K O L L  
der 418. Sitzung des Grossen Gemeinderats

---

|                            |   |
|----------------------------|---|
| Datum                      | Dienstag, 24. August 2021   |
| Zeit                       | 19.30 – 22.10 Uhr   |
| Ort                        | Turnhalle der Schulanlage Moos  |
| Anwesend<br>Vorsitz        | Messerli Patricia   |
| Mitglieder                 | Bärtschi Daniel, Beck Hanna, Brunner Joe, Buff Ronald,<br>Eugster Simon, Fankhauser Suzanne, Gantner Barbara,<br>Grossen Gaby, Grossenbacher Franziska, Gubler Matthias,<br>Häuselmann Bernhard, Held Lorenz, Jordi Kevin,<br>Koelbing Martin, Künti Karin, Lanz Kristina, Lauper Reto,<br>Legler Bettina, Lütolf Roland (bis 21.15 Uhr), Mäder Renate,<br>Racine Raphael, Reimers Markus, Rösli Patrick, Schmid Eva,<br>Schmitter Beat, Siebenrock-Häberli Charlotte,<br>Spycher Christian, Stein Kaspar, Thut Walter, Zaccaria Angelo,<br>Weibel Raphael, Zloczower Emanuel |
| Stimmzählende              | Bärtschi Daniel, Kaspar Stein   |
| Vertreter des Gemeinderats | Hanke Thomas, Gemeindepräsident<br>Bärtschi Markus, Häusermann Martin, Klopstein Carole,<br>Lack Stephan, Siegenthaler Muinde Gabriele, Wegmüller Beat  |
| Sekretariat                | Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin   |
| Zusätzlich anwesend        | Heger Petra, Leiterin Hochbau + Planung, zu Trakt. 7  |
| Entschuldigt abwesend      | GGR: Arn Daniel<br>Bärtschi Annik<br>Bircher Laura<br>Gashi Hilmi<br>Grütter Urs K.<br>Meichtry Helena<br>von Gunten Adrian   |
| Protokoll                  | Schlumpf Sarah  |

Traktanden

|  |     |
|--|-----|
| 1. Protokoll der Sitzung vom 22. Juni 2021   | 151 |
| 2. Kommission für Abstimmungen und Wahlen; Ersatzwahl  | 151 |
| 3. Sitzungstermine 2022  | 152 |
| 4. Legislaturziele mit Massnahmen 2017 – 2020; Schlussbilanz per Ende 2020                                     | 152 |
| 5. Legislaturziele mit Massnahmen 2021 – 2024  | 153 |
| 6. Verwaltungsbericht 2020 und Muri2020 der Gemeinde Muri bei Bern   | 156 |
| 7. Vorzeitiger Heimfall des Baurechts Gbbl. Nr. 3130 (Rainweg 11 / "Aarhus");<br>Verpflichtungskredit für Kauf | 158 |
| 8. Dennigkofenweg, Sanierung und Umgestaltung; Abrechnung Verpflichtungskredit                                 | 161 |
| 9. Postulat 1 betr. "Klima und Biodiversität: Solarenergie-Verbund"; Zwischenbericht                           | 162 |
| 10. Postulat 2 betr. "Klima und Biodiversität: Masterplan Smarte Aussenbeleuchtung";<br>Zwischenbericht        | 163 |
| 11. Motion Eugster (FDP): Schulinfrastruktur der Zukunft   | 163 |
| 12. Motion Grossenbacher (Grüne) / Künti (SP): #evakuieren JETZT – auch nach<br>Muri-Gümligen!                 | 170 |
| 13. Postulat Häuselmann (forum): Verwendung von öffentlichem Grund für<br>individuellen Botschafts-Schutz      | 173 |
| 14. Interpellation SVP/FDP: Überbauung "Zone mit Planungspflicht Turbenweg", auch<br>"Kosmoos" genannt         | 175 |
| 15. Interpellation Racine (SP) und Grütter (SVP): Fragwürdige Kampagne der<br>Gemeindebetriebe Muri (gbm)      | 177 |
| 16. Interpellation Fraktion forum: Sicherstellung der Ordnung und Hygiene an der Aare                          | 177 |
| 17. Interpellation Beck (EVP): Verbot Werbeplakate für Bordell-Besuche   | 177 |
| 18. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen  | 178 |
| 19. Neue parlamentarische Vorstösse  | 178 |

Die Vorsitzende: Ich begrüsse Euch zur 418. Sitzung des Grossen Gemeinderats. Ich begrüsse ebenfalls die Mitglieder des Gemeinderats, die Berichterstatter der Medien sowie die Gäste.

Zur Behandlung des Traktandums 7 wird Petra Heger, Leiterin Hochbau und Planung, später noch zu uns stossen.

Auch heute haben wir wieder viele Traktanden, ich bin noch nicht ganz sicher, wie lange die Sitzung dauern wird. Ich bitte Euch, Eure Voten kurz zu halten und Euch auf die wesentlichen Punkte zu beschränken. Die Rednerpulte können wieder abwechslungsweise genutzt werden, und sie sind natürlich nach den Reden stets zu desinfizieren. Wie schon erwähnt, machen wir am Schluss der Sitzung – das erste Mal in dieser Legislatur – draussen auf dem Pausenplatz ein kleines Steh-Apéro, dies wird heute vom forum offeriert; die Getränke werden aus der Gemeindekasse bezahlt.

Für die Abstimmungen werden die abgegebenen Stimmkarten verwendet.

Damit eröffne ich die eigentliche Sitzung. Es sind 33 Ratsmitglieder anwesend; wir sind somit beschlussfähig.

### **Traktandenliste**

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

#### **1. Protokoll der Sitzung vom 22. Juni 2021**

##### Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

#### **2. Kommission für Abstimmungen und Wahlen; Ersatzwahl**

Die Vorsitzende: Carole Schütz hat bisher die Grüne Partei in der Kommission für Abstimmungen und Wahlen vertreten. Sie ist Ende Mai aus der Kommission zurückgetreten, da sie aus der Gemeinde weggezogen ist. Die Grünen Muri-Gümligen schlagen für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Kommission Abstimmungen und Wahlen Malin Frey, Sprachlehrerin für Deutsch als Fremdsprache, Thunstrasse 9, in Muri bei Bern, vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

##### Beschluss

Malin Frey wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Kommission für Abstimmungen und Wahlen gewählt.

### 3. **Sitzungstermine 2022**

Die Vorsitzende: Die Gemeindeschreiberei hat einen Vorschlag für die Sitzungstermine 2022 ausgearbeitet. Dieser wurde mit dem Sitzungsrhythmus des Gemeinderats abgestimmt und unter Berücksichtigung der Schulferien und Feiertage erstellt.

#### Beschluss

Die Sitzungen werden wie folgt festgelegt:

Dienstag, 19.30 Uhr

|             |               |
|-------------|---------------|
| 18. Januar  | 21. Juni      |
| 22. Februar | 23. August    |
| 22. März    | 20. September |
| 26. April   | 25. Oktober   |
| 24. Mai     | 22. November  |

### 4. **Legislaturziele mit Massnahmen 2017 – 2020; Schlussbilanz per Ende 2020**

Die GPK hat keinen Sprecher nominiert.

Für den Gemeinderat spricht Thomas Hanke: Im 2019 haben wir Euch die Zwischenbilanz per Ende 2018 in einem analogen Dokument wie dem heutigen vorgelegt; dieses ist mit den zwei Spalten für die Schlussbilanz ergänzt worden, so dass Ihr die Entwicklung und die Resultate der letzten 2 Jahre mitverfolgen könnt. Die abschliessende Wertung der Schlussbilanz haben der Gemeinderat und die Mitglieder der Chefkonferenz gemeinsam vorgenommen.

Rund die Hälfte der Massnahmen konnte – mit unterschiedlichem Erreichungsgrad – noch nicht finalisiert werden. Sie sind – mit zum Teil anderer Gewichtung und anderem Wording – in die neuen LEZI und LEMA eingeflossen.

Im Auftrag der GPK darf ich mitteilen, dass die GPK die Schlussbilanz gemäss ihrem Auftrag fundiert geprüft und wohlwollend zur Kenntnis genommen hat.

*Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

#### Fraktionserklärungen

Walter Thut (forum): Die Gemeinde hat nun schon in der zweiten Legislatur mit diesem Gemeindeprofilografen gearbeitet. Dort hat die Nachhaltige Entwicklung eine prioritäre Stellung, die Umwelt, ein wenig Wirtschaft und Gesellschaft. Doch ich will nun da nicht streng sein in der Hierarchie. Dies scheint uns richtig zu sein, und wir sind froh, dass die Gemeinde dieses Instrument für seine Planung benutzt. Von 79 Massnahmen, welche sich aus 41 Zielen ergeben haben, sind gemäss Instrument 50 % erfolgreich abgeschlossen und 25 % auf Kurs, und zwar  $\frac{2}{3}$  oder sogar mehr. Damit sind wir natürlich zufrieden. Wir stellen auch fest, dass der Bereich Umwelt nicht schlechter wekommt als der Bereich Wirtschaft und der Bereich Gesellschaft. Rückstellungen von Vorhaben sind natürlich berechtigt und die Gründe, welche genannt wurden, sind nachvollziehbar. Die einzige, nicht durchführbare, und deshalb abgebrochene Massnahme hat sich aus dem nicht erwarteten Abstimmungsresultat ergeben. Da drehen wir dem Gemeinderat keinen Strick

daraus. Das forum dankt deshalb dem Gemeinderat für die Arbeit rund um die gesteckten Ziele und um die abgeleiteten Massnahmen und sagt auch Merci für die Präsentation der Schlussbilanz.

*Keine Wortmeldungen.*

*Thomas Hanke (GR) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.*

Ihr habt die Schlussbilanz per Ende 2020 zu den Legislaturzielen mit Massnahmen 2017 – 2020 zur Kenntnis genommen.

## **5. Legislaturziele mit Massnahmen 2021 – 2024**

Die GPK hat keinen Sprecher nominiert.

Für den Gemeinderat spricht Thomas Hanke: In drei Workshops hat der Gemeinderat zusammen mit der Chefkonferenz – dem Kader unserer Gemeindeverwaltung, mit immerhin 11 Mitarbeitenden – auf der Grundlage des UNO-Programms zur Nachhaltigen Entwicklung nebst dem Review auf die vergangene Legislatur die LEZI und LEMA entwickelt und verabschiedet.

Sie dienen dem Gemeinderat als strategisches Planungs- und Steuerungsinstrument.

Zum Teil sind sie – im Gegensatz zu früher – offener formuliert worden, was aber den Handlungsspielraum erhöht.

Der Gemeinderat und die Chefkonferenz haben letzten Freitag und Samstag eine Klausur durchgeführt. Ein Themenbereich war dabei die Feinplanung der LEZI und LEMA bzw. deren Überführung in die Geschäftsplanung sowie das Controlling dieser Tätigkeiten.

Die GPK hat auch die LEZI/LEMA 2021 – 2024 gemäss ihrem Auftrag geprüft, gezielt Fragen gestellt und wohlwollend zur Kenntnis genommen.

*Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

### Fraktionserklärungen

Patrick Rösli (forum): Die forum-Fraktion mit der EVP schätzt die Möglichkeit, das aktualisierte Leitbild, die 44 Leitbildziele und die daraus abgeleiteten 53 Legislaturziele einsehen zu dürfen. Wir erachten es als Privileg, frühzeitig und proaktiv über die Denkrichtung des Gemeinderats orientiert zu werden und danken der Exekutive für das geschenkte Vertrauen.

Positiv aufgefallen sind uns vor allem die verschiedenen Verweise auf die bestehenden Instrumente in der Gemeindeverwaltung, also auf Strategien, Leitbilder und Pläne und damit die Vernetzung von all diesen Instrumenten in einem Dokument. Als Beispiele nenne ich nicht abschliessend den Landschaftsrichtplan und Uferschutzplan, das Energieleitbild und den Energierichtplan, verschiedene Masterpläne, die Immobilienstrategie und die Bildungsstrategie.

Auch die neu zu erarbeitenden Grundlagen sind ebenfalls in den Legislaturzielen erwähnt, nämlich zum Beispiel eine Klimastrategie, eine neue Wirtschaftsstrategie, eine neue Erhaltungsstrategie Strassen und eine neue Friedhofsstrategie.

Uns gefällt, dass mit dieser Legislaturplanung eine gedankliche Vernetzung zwischen Leitbild, strategischen Zielen und operativer Umsetzung ermöglicht wird.

Uns gefällt die ganzheitliche Sicht auf die neuen Aktivitäten in den kommenden vier Jahren. Und uns gefallen die präsentierten Inhalte, welche die Ambitionen des Gemeinderats zeigen, wie er unsere Gemeinde zu Gunsten unserer Bewohnerinnen und Bewohner weiterentwickeln möchte.

Zum Inhalt der Legislaturplanung, z.B. Villa Mettlen, Kultur und Sportkommission, möchte ich mich nicht äussern. Diese sind Gegenstand der kommenden Sitzungen und werden in gewohnt umfassender und fundierter Form vorbereitet.

Wir erlauben uns zwei Wünsche anzubringen:

Der erste Wunsch betrifft die Zielformulierung. Ein strategisches Ziel beschreibt aus unserer Sicht einen gewünschten Soll-Zustand. Der Soll-Zustand soll sich dabei, wann immer möglich, auf unsere Bewohnerinnen und Bewohner beziehen. Ich mache ein Beispiel: Statt "Die natürlichen Gewässer sind unverbaut." könnte das Ziel wie folgt formuliert werden: "Wir sichern die Unverbaubarkeit von Ufern und gewässernahen Wegen, damit unsere Bewohnerinnen und Bewohner durch den direkten Zugang zum Wasser einen spürbaren Zugewinn an Freizeitqualität erfahren". Unser erster Wunsch lautet also: Wo möglich die Bewohnerinnen und Bewohner direkt in die Zielformulierung einzubeziehen.

Ich komme zu unserem zweiten Wunsch. Um ein Ziel zu erreichen, werden verschiedene Massnahmen oder Aktivitäten definiert. Jede Massnahme oder Aktivität ist im Idealfall so konkret formuliert, dass ein Fortschritt gemessen werden kann. Und die Messbarkeit vom Fortschritt ist die Grundlage für die strategische Steuerung. Der zweite Wunsch lautet also: Die Massnahmen und Aktivitäten so zu formulieren, dass der Fortschritt gemessen werden kann.

Der Gemeinderat hat sich zur Messbarkeit übrigens bereits eigene Gedanken gemacht. Das Legislaturziel Nummer 20-12 lautet: "Der Gemeinderat intensiviert die strategische Steuerung." Und mit dem Begriff "Steuerung" spricht er direkt das Thema "Messbarkeit" an.

Das waren unsere beiden Wünsche. Wir sind uns völlig bewusst, Wünsche aufzuschreiben und zu äussern ist das eine. Doch aus der persönlichen Berufserfahrung wissen wir, auch wir im forum, dass es eine riesengrosse Herausforderung ist, aus dem Leitbild hinaus konkrete, operative, messbare Massnahmen und Aktivitäten zu formulieren.

Wir begrüssen es selbstverständlich auch, dass der Gemeinderat für dieses methodische Vorgehen externe Beratung beizieht.

Ebenfalls aus persönlicher Berufserfahrung abgeleitet regen wir an, dass die externe Beratung z.B. in eine Vorleistung gehen könnte. Dies heisst, anhand der gelieferten Inhalte könnten erste Textversionen zu den Massnahmen und Aktivitäten vorformuliert werden von einem Profi, welcher dies schon häufig gemacht hat. In den Workshops kann der Gemeinderat und das Kader dann daraus die eigentliche Essenz stimmig aus- und schlussformulieren.

Am Schluss noch einmal eine Anregung: Ob mit oder ohne Beratung – wir würden uns freuen, wenn die Legislaturziele über die definierten Massnahmen und Aktivitäten auch noch direkt mit einer rollenden Planung verknüpft werden könnten.

Dann hätten wir in Muri-Gümligen eine "state-of-the-art" Durchgängigkeit von der Ambition über die Strategie bis zu den operativen Jahres- oder Quartalszielen.

Das erfreuliche Ergebnis könnten wir im Jahr 2025 im Schlussbericht einsehen. Das Legislaturziel Nummer 20-12 zur verstärkten strategischen Steuerung würden wir als "erreicht" abhaken und könnten bei den anderen 52 Legislaturzielen den Fortschritt bzw. den Zielerreichungsgrad im Schlussbericht stringent und nachvollziehbar abbilden. Und das scheint uns ein Gewinn für alle.

Wir danken dem Gemeinderat und Euch, geschätzte Parlamentskolleginnen und -kollegen, für die Aufmerksamkeit bei diesem langen Votum und für Eure Reflektion.

Die Fraktion des forum zusammen mit der EVP nimmt von den Legislaturzielen wohlwollend Kenntnis und dankt dem CEO-Team Muri-Gümligen und den Kadermitarbeitenden für die anerkannt anspruchsvolle Erarbeitung und damit für das reichhaltige, differenzierte und ambitionierte Zielbild 2024.

Eva Schmid (SP): Die SP Fraktion nimmt von den Legislaturzielen 2021 – 2024 Kenntnis, in vieler Hinsicht erfreut Kenntnis. Viele Ziele davon gehen für uns in eine sehr gute Richtung. Wir haben es bereits von Patrick gehört – wir denken, gerade im Bereich Umwelt und Energie, ist es ambitioniert und sicher auf sehr gutem Wege. Leider haben wir einen Bereich gesehen, welcher uns weniger gut gefallen hat. Dies ist der Bereich Wirtschaft mit den Leitbild-Zielen Nr. 13 und 14; für uns zeugen diese von einem elitären Denken, von einer sehr elitären Haltung, wie es einer Gemeinde, welche eigentlich für alle da sein sollte, nicht würdig ist. LB-Nr. 13 "Das durchschnittliche Einkommen ist hoch." heisst im Umkehrschluss: In Muri-Gümligen sind einkommensstarke, natürliche Personen willkommen, andere – bspw. Alleinerziehende, Sozialhilfebeziehende, Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, und v. a. auch Menschen, die im Working-Poor-Segment als Pfl egende, Kleinkindererzieher\*innen oder Verkäufer\*innen systemrelevante Arbeit für uns alle leisten – sind nicht oder weniger in unserer Gemeinde willkommen, wenn man dieses Ziel in der Konsequenz überdenkt.

Mit LB-Nr. 14 "Es gibt genügend Wohnraum, darunter auch solchen, der für mittlere Einkommen bezahlbar ist." wird mangels Ziels und Massnahme suggeriert, dass sich die Gemeinde nicht um bezahlbaren Wohnraum bemühen muss. Hier kann man ein Stück weit auch von einem ideologischen Streit sprechen. Wir lesen Berichte, welche der Gemeinderat in Auftrag gegeben hat anders, als offenbar die bürgerliche Seite. Wir werden Ende September sehen, wenn unsere Initiative für bezahlbares Wohnen in Muri-Gümligen hoffentlich angenommen wird, dass sich dies ändern muss.

Weiter stossen wir uns am Leitbildziel-Nr. 17 "Die Steueranlage der Gemeinde gehört im kantonalen Vergleich zu den tiefsten."

Als ob dies jetzt der einzige Trumpf wäre, welchen eine Gemeinde haben kann. Auch hier passt es zu diesem Bild, welches für uns ein neoliberales Bild abgibt. Offenbar hält man die kommunale Steueranlage, welche im kantonalen Vergleich tatsächlich zu den tiefsten gehört, als "Zückerli", weil man vornehmlich Reiche willkommen heissen möchte als Steuerzahler\*innen in unserer Gemeinde, und für diese soll offenbar diese Steueranlage Anreiz bieten. Für Normalverdienende fällt dies bekanntlich nicht ins Gewicht oder sehr unerheblich.

Wir sind ehrlich gesagt auch ein wenig erstaunt, dass diese Ziele in dieser Deutlichkeit mit diesen Formulierungen Eingang gefunden haben in die neue Legislaturplanung.

Charlotte Siebenrock (SVP): Wir verdanken die Arbeit des Gemeinderats und nehmen von den Legislaturzielen Kenntnis. Wir sind nicht mit allem einverstanden; wir melden uns zu Wort, wenn das entsprechende Geschäft im Rat behandelt wird.

Kristina Lanz (Grüne): Wir danken dem Gemeinderat ganz herzlich für die Erarbeitung dieser Legislaturziele und Massnahmen, und wir Grünen nehmen die Legislaturplanung 2021 – 2024 wohlwollend zur Kenntnis. Wir sind erfreut über die Setzung von ein paar wichtigen grünen Akzenten in den Legislaturzielen und Massnahmen. Besonders begrüssen wir die Erarbeitung einer Klimastrategie und auch die Erarbeitung eines Konzepts für eine Kreislaufwirtschaft, und die Umsetzung von ersten Massnahmen in diesem Bereich begrüssen wir sehr. Im Vergleich zu den vergangenen Legislaturzielen wird auch mehr auf Biodiversitätsförderung eingegangen, aber wir hoffen, dass die Gemeinde diesem Thema in Zukunft noch mehr Beachtung schenken wird, z.B. durch die Erarbeitung eines Biodiversitätskonzepts. Generell fehlen uns aber bei vielen der anvisierten Nachhaltigkeitzielen auch konkrete Massnahmen. Bei Ziel 3 bspw. – "Die Belastung durch Autobahn und Luftverkehr soll unter dem gesetzlichen Grenzwert liegen." – gibt es keine einzige Massnahme, und ohne konkrete Massnahmen ist dieses Ziel kaum zu erreichen. Und auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich lässt die Legislaturplanung noch einiges zu wünschen übrig. Wie Eva bereits erwähnt hat –

Ziel 13 impliziert, dass in unserer Gemeinde Menschen mit einem tiefen oder mit einem mittleren Einkommen nicht willkommen sind. Ziel 14, welches diesen Eindruck wieder etwas abschwächen könnte, bleibt ohne konkrete Massnahmen nutzlos. Auch beim Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen vermissen wir konkrete Massnahmen. Themen wie Diversität, Integration oder Geschlechtergleichstellung würden hier hineingehören. Ich will jetzt hier nicht zu jedem Ziel einzeln noch etwas sagen, aber ich würde gerne noch einen letzten wichtigen Punkt platzieren, und zwar zum Ziel 44.1: "Die Angebote für Asylsuchende entsprechen den Bedürfnissen." Um dieses Ziel zu erfüllen, müsste man zuerst die Asylsuchenden selber fragen, was ihre Bedürfnisse überhaupt sind. Ich kann auch sagen, dass die Bedürfnisse weit über das sehr wichtige Angebot für Kinder und Jugendliche hinausgehen. Die Unterkünfte sind teilweise in einem desolaten Zustand. Viele der anwesenden Asylsuchenden sind vom Krieg, von der Flucht, traumatisiert und fühlen sich in unserer Gemeinde einsam. Sie brauchen angemessene und niederschwellige, gesundheitliche und soziale Angebote, Unterstützung bei der Arbeits- und Wohnungssuche etc. Deshalb würden wir den Gemeinderat gerne bitten, in Zukunft bei der Legislaturplanung mehr an die Bedürfnisse der bedürftigsten Menschen in unserer Gemeinde zu denken.

*Keine Wortmeldungen.*

*Thomas Hanke (GR) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.*

Ihr habt die Legislaturziele mit Massnahmen 2021 – 2024 zur Kenntnis genommen.

## **6. Verwaltungsbericht 2020 und Muri2020 der Gemeinde Muri bei Bern**

Für die GPK spricht Bernhard Häuselmann: Für die GPK und auch stellvertretend für alle Fraktionen darf ich heute zum Verwaltungsbericht 2020 festhalten, dass die Verwaltung und der Gemeinderat wieder sehr gut und übersichtlich darstellen, in wie vielen Facetten in unserer Gemeinde gearbeitet wird, und was beschlossen worden ist.

Die Ausgabe 2020 ist wiederum ein hilfreiches Informations- und Nachschlagewerk für alle dienstjüngeren aber auch dienstälteren GGR-Mitglieder. Dies ist also für uns gutes Material im Parlamentsbetrieb.

Die GPK hat dieses Geschäft besprochen, verdankt den Bericht herzlich und bittet den GGR dem Beschluss des Gemeinderats zu folgen.

Wer Wünsche für den nächsten Bericht hat, soll diese bitte nicht jetzt vortragen, sondern in den nächsten Tagen direkt Karin Pulfer melden – sie wird die Inputs dann nach Möglichkeit in der Ausgabe 2021 berücksichtigen.

Für den Gemeinderat spricht Thomas Hanke: Unser Verwaltungsbericht ist – gestützt auf unsere Gemeindeordnung – v.a. ein Rechenschaftsbericht zuhanden des Parlaments.

Jede Abteilung und jeder Bereich tragen mit ihren Beiträgen zum umfangreichen Bericht bei, der damit sehr vielgefächert daherkommt.

Unser Verwaltungsbericht bietet aber auch die Möglichkeit, eine breite Öffentlichkeit rückwirkend über unser vielfältiges Tun zu informieren.

Daher haben wir uns entschieden, den Rückblick in zwei Dokumenten zu gestalten und hoffen natürlich, dass die Rückmeldungen uns in diesem Bestreben bestätigen. Aber so oder so danke ich allen, welche zu dieser sehr detaillierten Berichterstattung aktiv beigetragen haben und bitte Euch antragsgemäss, den Verwaltungsbericht 2020 zu genehmigen und die 11 auf Seite 59 ff. aufgelisteten Motionen und Postulate als erledigt abzuschreiben.



*Eintreten wird nicht bestritten.*

*Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Bei der Detailberatung werde ich nur die einzelnen Kapitel des Verwaltungsberichts aufrufen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

*Keine Fraktionserklärungen.*

*Keine Wortmeldungen.*

Die Vorsitzende: Wir kommen zur Detailberatung und zu weiteren Wortmeldungen, die Ihr bitte an der entsprechenden Stelle angeben wollt.

Wir beginnen mit dem Durchgehen der neu geschaffenen Broschüre Muri2020.

*Keine Wortmeldungen.*

Wir beginnen mit dem Durchgehen des Verwaltungsberichts 2020:

### **Teil 1, Ressortberichte**

Organigramm der Einwohnergemeinde Muri bei Bern, Seite 5

Präsidiales, Region, Seiten 6 - 7

Finanzen, Seite 8

Planung, Seiten 9 - 11

Bau, Seiten 12 - 15

Sicherheit, Seiten 16 - 19

Verkehr, Seiten 20 - 23

Bildung, Seiten 24 - 27

Jugend, Seiten 28 - 31

Kultur, Seiten 32 - 33

Sport, Seite 34

Gesundheit, Seiten 35 - 36

Soziales, Seiten 37 - 39

Umweltschutz, Seiten 40 - 42

Energie, Seiten 43 - 45

Personelles, Seiten 46 - 47

### **Teil 2, Gemeinde und Politik**

Abstimmungen, Seiten 48 - 49

Grosser Gemeinderat, Seiten 50 - 63

Gemeinderat, Seiten 65 - 72

Kommissionen, Ausschüsse, Anstalten + Stiftungen, Seiten 73 - 82

*Keine Wortmeldungen.*

*Das Schlusswort wird weder von Bernhard Häuselmann (GPK) noch von Thomas Hanke (GR) verlangt. Kein Rückkommen.*

Beschluss (33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

1. Die Broschüre Muri2020 und der Verwaltungsbericht 2020 der Gemeinde Muri bei Bern werden genehmigt.
2. Die folgenden auf Seite 59 ff aufgeführten Motionen und Postulate
  - Motion Treier (FDP); Gesamtanierung des Autobahnabschnittes A6 von Rubigen-Bern im Jahr 2013/14
  - Fraktionsübergreifende Motion "Kein Ausbau der Autobahn A6 auf dem Gemeindegebiet der Gemeinde Muri bei Bern ohne unterirdische Linienführung"
  - Fraktionsübergreifende Motion "Überregionales Einstehen für die Engpassbeseitigung A6: Bern - Wankdorf – Muri"
  - Postulat Schneider (SP); Vorausschauende Gesamtplanung in der Arbeitszone Lischenmoos
  - Postulat Häusermann (forum); Realisierungsgrad der budgetierten Investitionen
  - Postulat forum-Fraktion; Kultur-historische Informationstafeln
  - Postulat forum; Risikominimierung Pensionskasse
  - Postulat Racine (SP); Nimm eins, bring eins: Ja zu offenen Bücherschränken
  - Postulat FDP-Fraktion; Einführung einer Littering-Melde APP "Muri wi nöi"
  - Postulat Wegmüller (SP); Vorhandene Stromgelder zur erfolgreichen Umsetzung einer Energiestrategie in Muri-Gümligen einsetzen
  - Postulat SVP-Fraktion; Wärmeverbund Schürmatt / Seidenberg werden gestützt auf Art. 35 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats als erfüllt abgeschrieben.

**7. Vorzeitiger Heimfall des Baurechts Gbbl. Nr. 3130 (Rainweg 11 / "Aarhus"); Verpflichtungskredit für Kauf**

Ich begrüsse inzwischen auch noch Petra Heger, Leiterin Hochbau + Planung, welche eingetroffen ist.

Für die GPK spricht Emanuel Zloczower: Die GPK hat das Geschäft an ihrer Sitzung vom 18. August in Anwesenheit der Gemeinderätin Carole Klopstein und Petra Heger eingehend besprochen. Der GPK konnte aufgezeigt werden, dass sich durch den vorzeitigen Heimfall der Liegenschaft für die Gemeinde Muri bei Bern eine unvorhergesehene Chance eröffnet, diese Liegenschaft zu erwerben, welche ortsplanerisch von grossem Interesse ist. Um die Chance zu nutzen und der Stiftung Aarhus rasch antworten zu können, konnte die endgültige Endnutzung noch nicht im Detail geklärt werden. Angesichts der Tatsache, dass aber der aktuelle Baurechtszins nur etwa CHF 15'000.00 beträgt, sind die Risiken für die Gemeinde doch äusserst überschaubar, sogar dann, wenn die angedachte Endnutzung als Tagesschule sich wider Erwarten nicht realisieren lassen sollte. Daran würde auch die Zone für öffentliche Nutzung, in welcher die Liegenschaft steht, voraussichtlich nichts ändern. Kurz und gut: Die GPK erachtet das Geschäft als den Umständen entsprechend gut aufgearbeitet – es musste relativ schnell aufgearbeitet werden – und empfiehlt, darauf einzutreten und den Antrag anzunehmen.

Für den Gemeinderat sprechen:

Thomas Hanke: Die Anfrage der Stiftung Aarhus, ob wir an einem vorzeitigen Heimfall ihrer Liegenschaft am Rainweg 11, die an die Schulanlage Horbern angrenzt, interessiert seien, ist bei uns im Gemeinderat – wie Ihr das der Botschaft entnehmen könnt – auf offene Ohren gestossen.

Gestützt auf diese Anfrage haben wir ein gleiches Verfahren wie bei der Liegenschaft Turbenweg 10 gewählt, um die Eckwerte des allfälligen vorzeitigen Heimfalls zu bestimmen: Es ist ein Schätzungsauftrag an die Mössinger Immobilien AG zur Bestimmung der Heimfallsentschädigung erfolgt.

Die vorliegende Schätzung enthält auch Ausführungen zum Zustandswert, der gemäss Baurechtsvertrag ja für die Entschädigungsberechnung massgebend ist, und die Ausführungen zum Zustandswert sind identisch mit dem des Turbenweg 10. Der Stiftungsrat wie auch der Gemeinderat anerkennen die Schätzung als realistisch, und so beantragen wir Euch den Kauf der Liegenschaft zum in der Botschaft ausgewiesenen Betrag von CHF 1'399'500.00.

Mit dem Erwerb der Liegenschaft können wir vorab eine langfristige, strategische Ortsplanungs- und Baureserve im Bereich der Schulanlage Horbern sicherstellen. Auch wenn die Option Nutzung durch die Tagesschule im Vordergrund steht, wird das Grundstück – falls Ihr dem Kauf zustimmt – vorerst dem Finanzvermögen zugewiesen.

Die Botschaft zeigt denn auch ausführlich auf, in welche Richtung die Nutzungsmöglichkeiten Tagesschule geprüft und erhärtet werden. Dazu wird Carole Klopstein mein Votum noch ergänzen.

Der Gemeinderat hat erwogen, Euch das Geschäft erst dann vorzulegen, wenn die zukünftige Nutzung klar festgelegt und die Kosten dazu bekannt sind.

Er bekennt sich aber für ein zweistufiges Verfahren:

Die Stiftung Aarhus hat einerseits einen zeitnahen Entscheid gewünscht. Dazu kann ich noch anfügen: Sofern die Stiftung die Liegenschaft an einen anderen Interessenten verkauft hätte, wären der Gemeinde lediglich drei Monate Zeit geblieben, um das Vorkaufsrecht auszuüben, ohne dass wir zuerst die definitive Nutzung für den Fall, das wir ausüben, hätten klären können.

Und andererseits – Emanuel hat es bereits erwähnt – sieht der Gemeinderat, sollten alle Stricke für die geplante Tagesschul-Nutzung reissen, keine grossen finanziellen Risiken, die Liegenschaft Rainweg 11 anderweitig zu vermieten. Für ihn ist wichtig, über die Baureserve verfügen zu können.

Im Falle einer Nutzung der Liegenschaft für die Tagesschule ist ein Transfer vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen zu beschliessen. Zudem muss – gestützt auf den Grundsatz der Einheit der Materie – dem GGR der Folgekredit unterbreitet werden, auch wenn dieser in der Kreditkompetenz des Gemeinderats von CHF 250'000.00 liegen würde.

In diesem Sinne ersuche ich Euch um die Zustimmung zum beantragten Kredit.

Merci, damit wäre das Stichwort für Dich, Carole, gefallen.

Carole Klopstein: Ergänzend zu den Ausführungen von Thomas möchte ich noch kurz auf die verschiedenen Vorteile der Nutzung eingehen, welche sich hier bieten. Es ist so, dass wir mittelfristig auch eine Sanierung des Schulhauses Horbern im Visier haben, und weil dies im Rahmen des Lehrplans 21 auch bedeutet, dass zusätzliche Gruppenräume realisiert werden müssen im Schulhaus, heisst dies auch, dass wir allenfalls mit der Nutzung durch die Tagesschule am Rainweg zusätzliche Räume im Gebäude selber freispielen könnten, was der ganzen Zukunft des Schulhauses selber eine gewisse Flexibilität gewährt. Dies würde auch bedeuten, dass man dort z.B. eine 5. Klasse unterbringen könnte, wenn es wieder soweit sein sollte, dass es eine 5. Klasse gibt. Dies sind doch sehr gute Chancen, welche sich uns dort bieten. Wir möchten aber anmerken, dass dies Möglichkeiten und Optionen sind, wie Ihr sie sicher schon aus dem Botschaftstext entnehmen

konntet. Wir haben diese noch nicht im Detail prüfen können aufgrund der Dringlichkeit des Geschäfts. In diesem Sinne können wir zum heutigen Zeitpunkt leider auch noch keine genaueren Angaben machen oder aussagekräftige Zahlen liefern, was ein allfälliger Umbau kosten würde. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie werden wir dies in absehbarer Zeit evaluieren und dort auch allfällige Massnahmen für energetische Verbesserungen prüfen. Das Gebäude stammt aus dem 19. Jahrhundert, und es ist natürlich so, dass dort gewisse Einschränkungen gegeben sind. Weiter steht natürlich der Anschluss an die Fernwärme im Fokus, weil sich dieses Gebäude auch im geeigneten Perimeter befindet. Das Haus selber befindet sich baulich in einem guten Zustand, es ist gut unterhalten worden. Es ist nicht damit zu rechnen, dass wir tiefgreifende Eingriffe machen müssen auch nicht, wenn wir es an Externe vermieten würden. Sollte die Tagesschule tatsächlich in den Rainweg ziehen können, dann sollten – durch die nicht grundsätzlich unterschiedliche Nutzung gegenüber der Stiftung Aarhus – auch dort nicht allzu hohe Kosten anfallen. So ist z.B. schon gegeben, dass das gesamte Gebäude hindernisfrei ist, und dies heisst auch, dass diese Massnahmen z.B. entfallen würden, wenn man dort die Tagesschule integriert. Wir hoffen, dass wir Euch gut aufzeigen konnten, was sich aus diesem Geschäft für Chancen ergeben, und dass wir Euch von diesen Vorteilen überzeugen konnten.

*Eintreten wird nicht bestritten.*

*Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

#### Fraktionserklärungen

Raphael Racine (SP): Die SP-Fraktion unterstützt ganz klar den Antrag des Gemeinderats. Der Kauf dieser Liegenschaft am Rainweg 11 ist eine sehr gute Gelegenheit, dringend benötigten Raum für die Tagesschule zu schaffen. Mich selber hat ein bisschen erschreckt, dass offenbar nebst den Tagesschulräumlichkeiten im Aebnit, Horbern, Melchenbühl und Moos an 13 weiteren Orten Tagesschulkinder zeitweise betreut werden. Dies ist für mich so ein bisschen ein Indiz, dass die Tagesschulen in unserer Gemeinde offenbar aus allen Nähten platzen, und ich werde hier den Eindruck auch nicht ganz los, dass wir die ganze Zeit am Reagieren und Improvisieren sind bei der Raumbeschaffung. Für Horbern in Muri kann nun mit dem Kauf dieser Liegenschaft Aarhus dieses Raumproblem entschärft werden, was ich sehr begrüsse. Es gibt aber auch Tagesschulen in Gümligen, und wir sind schon gespannt auf das in Seite 6 in Aussicht gestellte Gesamtkonzept, mit welchem man die Raumengpässe bei allen Tagesschul-Standorten beheben will.

Charlotte Siebenrock (SVP): Für das Aarhus ist durch die Bedarfsentwicklung in der Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigungen der Standort Muri auf längere Sicht ohne grössere Investitionen nicht mehr tragbar. Gemäss Aussage unseres Parteipräsidenten und gleichzeitigem Stiftungsratspräsident, freuen sich die derzeitigen Bewohner auf ihr neues Heim am Allmendingenweg Gümligen. Für die Gemeinde ist der vorzeitige Heimfall wegen der Nähe zur Horberen und dem Bedarf an neuen Tagesschulplätzen eine grosse Chance. In der Botschaft werden 15 Vorteile für die Übernahme der Liegenschaft aufgelistet. Eine solche Win-win-Situation spricht für sich.

Mir ist aufgefallen, dass zwischen Verpflichtungskredit und der Heimfallentschädigung eine Differenz von rund 20'500.00 CHF besteht. Könnte es sich um die in der Bewertung nicht aufgeführte Küche handeln? Auf Nachfrage beim Gemeindepräsidenten wurde uns mitgeteilt, dass es sich um die zu erwartenden Handänderungskosten handelt.

Die Fraktion SVP begrüsst den Kauf der Liegenschaft Rainweg 11 und dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Dokumentation.

Matthias Gubler (FDP): Die Fraktion der FDP. Die Liberalen Muri-Gümligen hat an ihrer Sitzung den Verpflichtungskredit für den Kauf der Liegenschaft am Rainweg in Muri im Baurecht besprochen. Für den Kauf wird ein Verpflichtungskredit über CHF 1'420'000.00 inkl. Verschreibungskosten veranschlagt. Wir finden den Preis moderat. Es geht bei dieser Vorlage in erster Linie um den Kauf und noch nicht um ein Projekt. Die Baurechtsnehmer dieser Liegenschaft, die Stiftung Aarhus, und die Einwohnergemeinde haben sich einvernehmlich geeinigt, vom vorzeitigen Heimfall vom Baurecht Gebrauch zu machen. Der Grund liegt darin, dass die Stiftung Aarhus mit dieser Liegenschaft an diesem Standort nicht mehr einen sinnvollen Einsatz sieht, und die Gemeinde auf ihrer Seite Bedarf an Ortsplanungs- und Baureserven für eine mögliche Tagesschule hat. Die Gemeinde hat deshalb eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, welche die nötigen Anpassungen für eine Umnutzung in eine Tagesschule aufzeigen soll. Während der Übergangszeit kann diese Liegenschaft zu einem Baurechtszins von CHF 15'000.00 vermietet werden. Die FDP setzt sich für eine gute Bildung in unserer Gemeinde ein, und dies schon seit langer Zeit. In Anbetracht der veränderten Bedürfnisse der Schule und der Schulraumplanung sowie vom moderaten Preis stimmen wir der Vorlage eindeutig zu.

*Keine Wortmeldungen.*

*Das Schlusswort wird weder von Emanuel Zloczower (GPK) noch von Thomas Hanke (GR) oder Carole Klopstein (GR) verlangt. Kein Rückkommen.*

Die Vorsitzende: Vorgängig weise ich darauf hin, dass auch dieses Geschäft gemäss Art. 37 GO der Zustimmung der Mehrheit der Ratsmitglieder bedarf.

Beschluss (33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

1. Sprechung eines Verpflichtungskredits in Höhe von CHF 1'420'000.00.
2. Übernahme der Baurechtsliegenschaft am Rainweg 11 in Muri bei Bern (GbbL-Nr. 3130) mit einer Heimfallsentschädigung in Höhe von CHF 1'399'500.00 (90 % des Zustandswerts).
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Geschäfts beauftragt, namentlich mit dem Abschluss des Kaufvertrags.

## **8. Dennigkofenweg, Sanierung und Umgestaltung; Abrechnung Verpflichtungskredit**

Die GPK hat keinen Sprecher nominiert.

Für den Gemeinderat spricht Markus Bärtschi: Es ist normalerweise nicht der Brauch, das Wort für eine Kreditabrechnung ohne Überschreitung zu ergreifen. Auf ausdrücklichen Wunsch der GPK äussere ich mich aber kurz zu der Chronologie dieses Geschäfts. Ihr habt lesen können, wir haben 2013 den Kredit beschlossen und auch die Ausführungen gemacht. Wir haben in den Jahren 2014 – 2019 ein Monitoring der Lärmreduktion durchgeführt. Wir haben dann im 2019 abgerechnet über die Subventionen von Bund und Kanton, und wir haben im 2020 die Schlusskontrolle und den Projektabschluss gehabt. Dieses Monitoring ist ungewöhnlich. Das Projekt ist in Absprache mit dem Kanton für einen Versuch genutzt worden, das heisst, es ist gemessen worden, wie sich die Wirkung dieses verbauten Flüsterbelages über die Zeit entwickelt. Es gab Erfahrungswerte von Kantonsstrassen,

diese sind aber nicht eins-zu-eins übertragbar auf eine solche Ortsverbindungsstrasse mit einem anderen Verkehrsmix und einer tieferen Geschwindigkeit. Auf den Strassen mit höheren Tempos können der Abrieb, welcher entsteht, aber auch der Abtrag dieses Abriebs durch Fahrtwind andere Verhältnisse bewirken. 700 m Streckenlänge neu eingebauter Belag auf einer 40er Strecke war ein interessantes Studienobjekt. Die Kosten des Monitorings sind über das Projekt abgerechnet worden und sind in der Kostenverteilung nicht zu unseren Lasten gegangen. Die Schlusskontrolle ist letztes Jahr erfolgt. Vorher konnten wir den Kredit nicht abrechnen, weil die Monitoringkosten auch darin abgebildet werden mussten. In der Folge ist das Geschäft zusätzlich als nicht dringlich den Corona-Massnahmen zum Opfer gefallen. Dies ist der Grund, weshalb der Kredit erst jetzt, 8 Jahre nach der Ausführung, abgerechnet wird. Das Monitoring hat gezeigt, dass die lärmvermindernde Wirkung auch ohne regelmässige Reinigung mit Spezialmaschinen über die Jahre gut erhalten bleibt, und dass mit diesem Belag auch in einer solchen Situation – Ortsverbindungsstrasse mit Tempo 40 – dauerhaft ein wirksamer Beitrag zur Lärmreduktion geleistet werden kann.

*Eintreten wird nicht bestritten.*

*Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

*Keine Fraktionserklärungen.*

*Keine Wortmeldungen.*

*Markus Bärtschi (GR) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.*

Beschluss (33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Die Abrechnung des Verpflichtungskredites 6150.5010.11 "Dennigkofenweg; Sanierung / Umgestaltung" wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Kredit von CHF 700'000.00 mit CHF 643'115.05 ab (Kreditunterschreitung von CHF – 56'884.95).

**9. Postulat 1 betr. "Klima und Biodiversität: Solarenergie-Verbund";  
Zwischenbericht**

Carole Klopstein verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Das forum verzichtet auf ein Votum.

*Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

*Keine Fraktionserklärungen.*

*Keine Wortmeldungen.*

Carole Klopstein (GR) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Ihr habt vom Zwischenbericht Kenntnis genommen.

**10. Postulat 2 betr. "Klima und Biodiversität: Masterplan Smarte Aussenbeleuchtung"; Zwischenbericht**

Gabriele Siegenthaler Muinde verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Das forum verzichtet auf ein Votum.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen.

Keine Wortmeldungen.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Ihr habt vom Zwischenbericht Kenntnis genommen.

**11. Motion Eugster (FDP): Schulinfrastruktur der Zukunft**

Die Vorsitzende: Heute wurde noch ein angepasster Motionstext verschickt, dieser sollte jeder von Euch auf dem Tisch haben. Ich habe festgestellt, dass der Inhalt der Motion jetzt meiner Meinung nach nicht mehr unbedingt mit der Bezeichnung der Motion übereinstimmt, welche heisst "Eine Schulraumstrategie für Muri", deshalb möchte ich Simon Eugster zuerst fragen, ob er allenfalls einen neuen Titel für die Motion vorschlägt, oder ob er an diesem Titel festhält.

Simon Eugster (FDP): Der Titel der Motion wird auf "Schulinfrastruktur der Zukunft" geändert.

Für den Gemeinderat spricht Stephan Lack: Ich beziehe mich heute Abend auf die Tischvorlage, welche noch kurz vor 12 eingetroffen ist, und ich hätte dann vielleicht auch noch angemerkt, dass man am Titel etwas schrauben müsste. Bezüglich der Schulraumplanung ist ja bekanntlich in Muri einiges gelaufen in den letzten Jahren, und ich werde Euch kurz einen Abrieb geben, was passiert ist. Ausgelöst worden ist die Schulraumplanung ursprünglich nicht vom Ressort Bildung, sondern vom Ressort Bau. Und zwar wurde diese initiiert aufgrund der Ortsplanungsvorlagen, welche doch ein beträchtliches Bevölkerungswachstum in unserer Gemeinde anstreben und damit natürlich eine grössere Anzahl von Schülerinnen und Schülern. In dieser Schulraumplanung – damals – ging es primär um eine quantitative Vorlage. Diese hatte den Zweck, abzuklären, ob die 6 bestehenden Schulareale plus Kindergärten insgesamt grundsätzlich genügend Platz bieten, um die zu erwartende zusätzliche Schülerzahl aufnehmen zu können. Die in dieser Infraconsult-Studie vorliegenden Berechnungen basieren übrigens auf einem Grundsatzentscheid des Grossen Gemeinderats vor rund 10 Jahren. Ich weiss nicht genau, wer sich da noch erinnern mag, möglicherweise Suzanne war damals dabei

und vielleicht noch der eine oder andere Gemeinderat. Sonst sehe ich gerade niemanden im Saal, welcher damals dabei war. Dies war, als der Grosse Gemeinderat das letzte Mal diesbezüglich abgestimmt hat. Nun komme ich noch auf etwas zurück, was Raphael vorher erwähnt hat. Es ist tatsächlich so, die Zahlen in der Tagesschule sind explodiert. Nicht im Detail berücksichtigt wurde damals in dieser Studie ein konkretes Bedürfnis einer Tages- bzw. einer Ganztageschule – ein Bedürfnis an die ganze Schulinfrastruktur. Diese ist tatsächlich explodiert. Es hat erst etwa vor 10 Jahren angefangen, müsst Euch dies einmal vorstellen. Vielleicht diejenigen, welche hier noch nicht so lange sitzen, wissen dies nicht. Ich war damals noch dabei, als man mit der ersten Tagesschule angefangen hat. Ebenfalls nicht berücksichtigt worden in diesen Überlegungen sind mögliche, zukünftige Unterrichtsformen, welche natürlich primär durch die rasch fortschreitende Digitalisierung neue Anforderungen stellt an eine Schulhausinfrastruktur und tatsächlich ganz andere Ansprüche hat als ein Pestalozzi-Schulhaus. Was sind die Überlegungen und Konklusionen des Gemeinderats?

Der Gemeinderat hat die Anliegen dieser Motion sehr ausführlich diskutiert und ist zum Schluss gekommen, dass der Zeitpunkt nun eigentlich doch der richtige ist, die vom Motionär aufgeworfenen Fragen nochmals zu überprüfen und in Schlussfolgerungen in die Finalisierung der Schulraumplanung – natürlich insbesondere der Oberstufe – einzubeziehen. Damit teilt der Gemeinderat auch die Haltung der Schulkommission, welche mit grossem Mehr die Stossrichtung der Motion unterstützt. In den letzten 10 Jahren ist einiges passiert – ich habe es vorher erwähnt. Die Tagesschule und ihre Infrastruktur sind richtiggehend explodiert. Sicher ein Zeichen vom deutlich erhöhten Bedürfnis nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf einerseits, möglicherweise sogar ein Stück weit Opfer des eigenen Erfolgs. Daniela, wo eine hervorragende Qualität leistet, welche zu einer grossen Akzeptanz bei den Eltern und Kindern in unserer Gemeinde führt. Dies darf man auch einmal sagen. Wir haben sehr wahrscheinlich eine sehr vorbildliche Tagesschule hier in unserer Gemeinde. Auch die Digitalisierung, welche wirklich spürbar kommt und in Zukunft mutmasslich noch viel grösseren Einfluss auf die Wissensvermittlung nehmen wird und entsprechend die Unterrichtsgestaltung signifikant beeinflussen wird. Der Gemeinderat beabsichtigt deshalb die Anliegen der Motion, insbesondere die Vertiefung der Massnahme 1.3.1 in der Bildungsstrategie, konkret anzuschauen. Er sieht den Handlungsbedarf, und dies haben wir ja vorgängig gesagt, bevor die Anträge geändert wurden. Der Gemeinderat sieht aber den Handlungsbedarf nicht primär damit, nun noch einmal 300 Seiten zu schreiben, und eine neue umfangreiche Strategie zu machen. Er begrüsst deshalb auch die Neuformulierung der Anträge entsprechend der jetzigen Motion. Wie wir alle wissen, werden gemäss Investitionsplan in den kommenden Jahren zuerst die Unterstufen Melchenbühl und Horbern saniert, diese Schulhäuser, welche – glaube ich – landläufig als unbestritten gelten. Der Gemeinderat ist deshalb auch der Auffassung, dass im Zeitplan eine vertiefte Abklärung zu keiner zeitlichen Verzögerung in der Realisierung der Schulraumplanung führen wird. Auch die geplante Stufenzusammenführung oder auch die in der Oberstufe angestrebte Durchlässigkeit sollten durch diese Vertiefung nicht gefährdet sein. Im Übrigen noch einmal herzlichen Dank, dass Ihr Ja gesagt habt zum Provisorium Pavillon-Modulbau im Seidenberg. Dieser Pavillon gibt uns natürlich Handlungsspielraum, um auch kurz- und mittelfristige Raumbedürfnisse überbrücken zu können. Abschliessend möchte ich einfach noch einmal betonen, wie wichtig für unsere Gemeinde – wir haben es vorher bei den Legislaturzielen gehört – aber auch für die gesamte Schweiz das Bildungswesen ist. Es ist wichtig, dass die Schweiz dort an der Spitze ist. Es ist ein wenig ein simpels Wort, aber es ist so, es ist unser einziger Rohstoff. Und es reicht eben nicht, alles gleich gut zu machen wie immer schon, denn da reicht eben der Blick ins Silicon Valley oder der Blick nach Asien oder der Blick nach Nordeuropa. Es gibt Fortschritte, es gibt Richtungsänderungen, und diese sind zum Teil signifikant. Die Entwicklungen, insbesondere der digitalen Möglichkeiten, sind fulminant, und die Zukunft hat schon



längstens angefangen. Muri ist stolz – dies haben wir auch schon gehört heute Abend – im Bildungswesen eine grosse Stärke zu sehen, und dies auch anzubieten – als Standortattraktion sozusagen. Es ist gut so, doch wir dürfen nicht aufhören, besser zu werden, sonst haben wir definitiv aufgehört, gut zu sein. Lasst uns nochmals kurz nachdenken, vielleicht innerhalb 12 Monaten, was wirklich das Beste ist für die nächsten Generationen. Es geht hier um sehr viel Geld. Alleine die geplanten Massnahmen Moos und Seidenberg machen in der Planung rund CHF 43 Mio. aus. Ich glaube es rentiert sich schon, nochmals kurz zu hirn: "Machen wir genau das Richtige?"

Aus all diesen Gründen beantragt der Gemeinderat und auch die Schulkommission diese Motion, so wie sie beantragt ist in der Tischvorlage, zu überweisen.

Die Vorsitzende: Ich möchte noch festhalten, die Schulkommission hat natürlich die neue Version nicht gesehen.

Als Erstunterzeichnender spricht Simon Eugster (FDP): Wir haben einen verbindlichen Vorschlag gemacht – eine Motion –, der Gemeinderat hat diesen Vorschlag aufgenommen und in seiner Antwort konkret gesagt, was er zu machen gedenke, um diesen Vorschlag umzusetzen, also viel mehr, als man erwartet hat. Uns gefällt der Plan des Gemeinderats, er gefällt uns sogar sehr.

Wir könnten den Dingen also ihren Lauf lassen und unsere Motion zurückziehen. Das tun wir aber nicht, weil es uns ein Anliegen ist, dass der Grosse Gemeinderat – auch nach 10 Jahren wieder einmal – hinter diesem Plan steht, und damit Klarheit und Verbindlichkeit herrscht in diesem Punkt, und damit wir alle wissen, worüber wir abstimmen. Damit Klarheit und Verbindlichkeit herrscht, ändern wir gestützt auf Art. 31 GO GGR, welcher dies erlaubt, den Wortlaut der Motion so, dass er dem Plan des Gemeinderats entspricht, den wir umgesetzt haben wollen. Der neue Wortlaut liegt auf Euren Tischen, und den Titel haben wir am Anfang nun auch noch geändert wie folgt: "Schulinfrastruktur der Zukunft". Und Dank Frau Pulfer könnt Ihr nun auch genau lesen, was in dieser Motion stehen soll. Ich hoffe, ich habe nun erklärt, wieso diese Änderung erfolgt ist.

*Eintreten wird nicht bestritten.*

*Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

#### Fraktionserklärungen

Kaspar Stein (Grüne): Wir von den Grünen stehen eigentlich auch hinter dieser Motion. Was für uns kein Thema mehr sein darf, ist der Campus, ich glaube, dies müssen wir gar nicht mehr sagen. Die bisherigen Strategiegrundsätze finden wir gut, eine Aktualisierung macht Sinn nach 10 Jahren, wie schon gezeigt worden ist. Man muss auch daran denken, dass ein Generationenwechsel im Gange ist, dass wir in Muri relativ viel Leute haben – ich zähle mich hier auch dazu –, welche alt sind. Irgendwann wird entweder unsere nächste Generation oder eine andere in diese Häuser und Wohnungen ziehen. Zuzüger – es gibt einige Bauvorhaben, welche immer noch offen sind. Die Schülerzahlen müssten nochmals richtig gut recherchiert werden. Flexibel bauen – ich zum Beispiel als Lehrer verstehe nicht recht, wieso das Oberstufenzentrum im Seidenberg sein soll, dies ist ja eigentlich im Zentrum von Muri und Gümligen. Dort gehört eher das Mittelstufenzentrum hin, damit die Wege für die jüngeren Schüler kürzer werden, damit könnte man Eltern-taxis vermeiden. Und eher hier im Moos ein Oberstufenzentrum, dies würde sicher auch noch etwas ändern an diesen Papieren, welche wir hier haben. Doch allgemein finden wir es eigentlich gut, dass man hier nochmals hinter die Bücher

geht, ohne nachher noch einmal ewig daran herumzuhirnen. Das Meiste ist wirklich schon gemacht und sehr gut gemacht worden.

Joe Brunner (SP): Mit der Motion fordert Simon Eugster in der neuen Variante, was der Gemeinderat in seinem Fazit als Handlungsbedarf ausweist. Da werden offene Türen eingerannt, und man fragt sich, ob die Motion überhaupt noch nötig ist. Inhaltlich ist sie für uns unbestritten, formal aber sehr fragwürdig. Dieses Vorgehen, dass man Pläne vom Gemeinderat abschreibt, und als persönliche, eigene Motion verkauft, ist ein absolutes Novum in diesem Rat. Hoffentlich habe ich Nachahmer\*innen. Aus diesem Grund widerstrebt es mir eigentlich, dieser Motion zuzustimmen, werde es aber trotzdem tun. Die Begründung ist, dass es bei einer Ablehnung des GGR für den Gemeinderat schwierig wäre, seine eigenen Pläne zu realisieren. Aus diesem Zwiespalt heraus haben wir beschlossen, innerhalb der Fraktion Stimmfreigabe zu geben.

Simon Eugster (FDP): Uns gefällt das beabsichtigte Vorgehen des Gemeinderats, weil die Arbeiten erstens in bestehende Grundlagen wie die Bildungsstrategie maximal eingebunden werden, zweitens thematisch damit zusammenhängende, eingeschlafene Projekte wie die Ganztageschule endlich wieder geweckt werden, welche nun lange geschlafen haben, drittens, das in unseren Augen richtige Gremium – die Schulkommission – mit der Federführung betraut wird, und viertens, eine klare Frist von einem Jahr gesetzt wird.

Wir haben einen proaktiven Gemeinderat, der unseren Ball aufgenommen hat. Wie er finden wir eine vertiefte Abklärung aufgrund dieser Ausführungen Digitalisierung, neue pädagogische Ansätze und die zunehmende Professionalisierung der Tagesinfrastruktur – die ganze Explosion der Tagesschule – absolut nötig. Die Schulhausbauten des vorigen Jahrhunderts bieten dieses Potenzial nicht. Nun muss die Schulkommission diesen Ball nur noch ins Tor bringen.

Der Zeitpunkt für diese vertiefte Abklärung ist goldrichtig. Wenn wir nun ein Jahr dafür aufwenden, werden wir keines dieser Bau- oder Investitionsprojekte irgendwie verzögern. Seidenberg und Moos kommen erst in ein paar Jahren und der Pavillon im Seidenberg gibt uns die nötige Handlungsfreiheit. Danke, Raphael, für Deinen Steilpass beim Traktandum 7. Genau dieses Flickwerk bei der Tagesschulinfrastruktur wollen wir in Zukunft verhindern. Merci für Eure Unterstützung!

Gaby Grossen (forum): Vorwegnehmend möchten wir vom forum danken, dass der Motionär seinen Text kurz vor der Sitzung inhaltlich massiv verändert hat. Warum? An der Fraktionssitzung vor einer Woche diskutierte das forum intensiv den damals vorliegenden Motionstext und orientierte sich dabei sehr eng am Auftrag an den Gemeinderat, "zeitnah eine Schulraumstrategie zu konzipieren". Wir alle haben vor uns die ausführliche Stellungnahme des Gemeinderats, in welcher er – vor allem für uns neuen Ratsmitgliedern hilfreich und verdankenswert, und von Ihnen nun ja auch noch ausführlich erweitert – die fast zehnjährige Geschichte der Schulraumplanung und der Schulentwicklung darlegt. In den Unterlagen zur heutigen GGR-Sitzung befindet sich bereits eine Schulraumstrategie. Aus Sicht des forum bestand deshalb keine Notwendigkeit, den Gemeinderat zu verpflichten, nochmals eine Schulraumstrategie zu formulieren. Wir hätten die alte Motion nicht überwiesen, und teilen auch das von Joe Brunner formulierte Unbehagen.

Mit dem veränderten Motionstext liegt eine ganz neue Situation vor: Wir im forum sehen es gleich, ich zitiere aus der Begründung zum alten Motionstext: "Wenn wir schon so viel Geld in die Hand nehmen, so wollen wir doch sicher sein, dass wir es intelligent und nachhaltig anlegen."

Schulraumentwicklung ist eine komplexe Sache: Hier greifen Fragen der Raum- und Bedarfsanalyse, also aus baulicher und aus pädagogisch-funktionaler Sicht, mit Fragen der strategischen Planung und mit Fragen der Projektierung und Realisierung ineinander. Zugleich sollen auch die Bedürfnisse der Nutzer und Betreiber

miteinbezogen werden, und zwar heute wie auch für die Zukunft.

Zweifellos gibt es Schwächen in der bis heute gemachten Planung. Wir vom forum sind ebenfalls der Ansicht: Jetzt braucht es eine Projektgruppe mit externer Beratung, die die Schulraumplanung als Gesamtes auch unter pädagogischer Sicht angeht. Die Wahl des künftigen Schulmodells für die Oberstufe hat Auswirkungen auf die Innenausgestaltung der Räume im "Seidenberg", konkret auf die Schulinfrastruktur. Erstaunlicherweise ist das bis jetzt – zumindest aus unserer Sicht – noch nicht so richtig vertieft angegangen worden.

Genau hier hakt die neu formulierte Motion ein, wenn sie fordert "die bisher erarbeiteten Grundlagen zur Schulraumplanung zu überprüfen und zu ergänzen und konkrete Antworten hinsichtlich der Frage der zukünftigen Bedürfnisse an die Schulinfrastruktur zu erarbeiten".

Wir vom forum gehen noch einen Schritt weiter und wünschen uns, dass die beiden Gemeinderäte, zuständig für Schulverwaltung resp. Bauverwaltung, so rasch als möglich zusammen mit der Schulkommission, die den Lead haben wird, den zuständigen Schulleitern und allenfalls einer kleinen Lehrpersonenvertretung in einer Projektgruppe mit externer Beratung die Arbeiten fachkundig und mit Blick auf die zukünftigen Entwicklungen in Schule und Gesellschaft – Stichwort Digitalisierung – angehen.

Deshalb unser Antrag, der inhaltlich begründet ist: "Überweisung (sprich Annahme) der Motion".

#### Weitere Wortmeldungen

Raphael Racine (SP): Ich versuche heute so wenig emotional wie möglich zu argumentieren. Ich habe schon mit Simon vor der Ratsdebatte die Klinge gekreuzt, und ich muss hier einfach noch einmal betonen, was Joe ganz sachlich gesagt hat, ich muss es drastischer sagen: Ich finde das Vorgehen von Dir, Simon, wie Du diese Motion jetzt abgeändert hast eigentlich "unter jeder Sau". Und warum finde ich es "unter jeder Sau", weil die Argumente, welche Du genommen hast für Deine Motion, eins-zu-eins abgeschrieben sind vom Fazit, welches der Gemeinderat gemacht hat. Also ist es eigentlich eine Gemeinderats-Motion – dies sind ja die Ideen, welche der Gemeinderat sowieso hätte umsetzen wollen. Diese nimmst Du und verkaufst sie als Deine eigene Motion! Ich finde dies wirklich unlauter, und deshalb würde ich einfach auch für die FDP insgesamt bei dieser Motion mindestens ganz leise Töne schlagen, was die Medien anbelangt, weil schlussendlich sind dies nicht Ideen, welche von Euch kommen. Ihr habt einfach die besten Ideen des Gemeinderats geklaut, dies finde ich nicht so schön. Deswegen werde ich diese Motion einfach aus Prinzip ablehnen, weil ich das Vorgehen falsch finde. Inhaltlich, Simon, werden wir uns finden, einfach formell finde ich den Weg nicht okay.

Walter Thut (forum): Wir haben in der Vergangenheit etwa einmal gehört vom Gemeinderat, man beschäftige die Verwaltung mit Vorstössen, welche nicht sinnvoll seien, welche uns nicht weiterbringen, und man solle sich doch gut überlegen, wenn man einen Vorstoss mache. In der Regel ist auf die rechte Seite geschaut worden aus der Perspektive des Gemeinderats. Wir haben heute ein klassisches Beispiel – jetzt ist es einmal auf der anderen Seite passiert –, wie es nicht sein sollte. Wir haben eine zweiseitige Motion erhalten, haben diese angeschaut, haben auch darum gekämpft, eine Antwort zu geben, und mussten am Schluss eigentlich sagen, sie ist unnötig. Wenn es zu einer Abstimmung dieser Vorlage gekommen wäre, wäre sie abgeschmettert worden, das kann ich Euch sagen, auch vor allem bei dieser Präsenz, welche heute Abend ist. Die Antwort des Gemeinderats resp. der Verwaltung ist drei Seiten lang. Ich bin mit meinem Vorredner einig, dass es vom Vorgehen her nicht ein Musterstück ist, sondern eher etwas lamentables, wie es in den letzten 9 Jahren nie passiert ist. Wir bekommen heute Mittag eine Motion vorgeschützt, über den Inhalt lasse ich mich nicht im Detail aus, woher er ist. Heute Abend erst, die

Sitzung läuft bereits, nehmen wir noch den Titel entgegen. Nach der Geschäftsordnung müsstest Du das nicht einmal mehr, dies muss vorher vom Tisch sein. Wir haben nun eine abgespeckte Motion, in welcher heisst: "Die erarbeiteten Grundlagen zur Schulraumplanung sind zu überprüfen." Dies erwarte ich doch vom Gemeinderat, wenn er nun weiter arbeitet, dies muss man nicht fordern in einer Motion. "Die im Postulat FDP. Die Liberalen betreffend Einführung einer Ganztageschule eingebrachten Punkte seien zu überprüfen." Dies erwarte ich doch, dass dies gemacht wird, dazu brauchen wir nicht Simon Eugster. "Die Arbeiten innerhalb eines Jahres unter dem Lead der Schulkommission und mit externer Unterstützung abzuschliessen." Dies wissen wir eigentlich, dass es unschön ist, eine Zeitlimite zu setzen, nun steht dies auch noch da. Ich halte diese Motion oder den Ersatz für diese Motion genauso unnützlich, und ich rege an, dass sie abgelehnt wird. Ich bitte doch die FDP, ihren "Junior" ein wenig an die Hand zu nehmen und ihm zu zeigen, wie die Verfahren laufen.

Emanuel Zloczower (FDP): Ich wollte eigentlich nichts sagen. Aber unserem "Junior", wie er genannt worden ist, vorzuwerfen, er würde unlauter handeln und unanständige Anträge machen, finde ich doch, um beim Vorredner zu bleiben, "unter jeder Sau". Ich bitte Euch, in Zukunft auch unsere Anträge, auch wenn Ihr dies möglicherweise nicht in Ordnung findet, mit dem nötigen Respekt zu behandeln und ebenfalls unsere Fraktionsmitglieder. Dazu möchte ich gerne noch die Ratslinke auffordern, wenn Ihr nicht einverstanden seid mit einem Antrag oder Vorstoss, welchen wir gemacht haben, doch über die Fraktionspräsidien zu gehen, und dies vorzeitig auszudiskutieren, damit wir nämlich nachher nicht Letzte-Minute-Übungen machen müssen, wie dies heute der Fall war. Merci vielmal, ich bitte um die Unterstützung dieser Motion.

Schlusswort von Stephan Lack (GR): Merci vielmal für die sehr interessanten Voten. Ich bin mit dem hochgeschätzten Walter dieses Mal nicht einverstanden. Ich finde, diese Motion braucht es. Der Gemeinderat, dies wäre dann primär auch ich, und auch der Schulkommissionspräsident mit der Schulkommission, brauchen nun dieses Mandat. Ich möchte dieses Mandat gerne haben, damit ich diese Arbeiten, welche anstehen, wirklich sauber ausführen kann. Es geht um sehr viel Geld, es geht um Neuentwicklungen. Wir machen es nicht sowieso. Wenn ich das Mandat nicht habe, können wir es nicht machen. Es gibt Beschlüsse, welche bestehen, und dann gibt es auch kein Geld dafür. Ich möchte gerne ein Plebiszit, ich möchte gerne ein Okay, damit wir dies machen dürfen. Ich hatte eigentlich Freude an allen Voten, noch einmal, Walter, Du weisst, dass ich Dich sehr schätze, hier sind wir nun halt nicht ganz einig. Vorgehen kann man diskutieren, ich selber als Gemeinderat habe auch erst am Montagabend gehört, dass einige Fraktionen diese Motion zwar inhaltlich gut finden und unterstützen, aber sie ablehnen wollen aus formellen Gründen, weil die Anträge danach nicht mit dem übereinstimmen, was letztendlich der Gemeinderat auch machen will. Der Gemeinderat will keine Schulraumstrategie machen, da kann man im Antrag auch keine Schulraumstrategie fordern. Dies war nicht mehr synchron, und ich glaube, dies war das Anliegen von Simon, um dies zu retten. Es wäre schade, wenn diese Motion nicht durchkommen würde. Gaby Grossen, Merci vielmal. Offene Türen – mit allem 100 % einverstanden. Das Projekt Schulmodell hat bereits angefangen. Wir sind recht weit, dies wird bereits, ich glaube, am 05. September 2021 in der Schulkommission recht detailliert besprochen. Es hat Arbeitsgruppen gegeben, dort sind auch Lehrer drin und auch Schulleiter. Gerade auch mit Carole von den Grünen haben wir einen sehr guten Austausch, wie dies so weitergeht und auch all die Projekte, welche kommen, wo es um sehr viel Geld geht (Horbern oder Melchenbühl), dies läuft mit Projektgruppen, dies sind Kommissionen, und da gibt es einen sehr guten Austausch, muss ich sagen, zwischen Bau und Bildung, dies ist auch sehr wichtig. Wenn Ihr Euch erinnern könnt – ich habe mein Votum angefangen – ursprünglich hat der Bau die

Initiative gegeben, und dies darf in Zukunft nicht mehr so sein. Nicht weil der Bau schlecht war vor 10 Jahren, überhaupt nicht. Es beginnt mit den Bedürfnissen, welche die Schule hat, oder die mögliche zukünftige Form von Schule. Dies ist die Schwierigkeit, welche wir haben, ich weiss es auch nicht genau. Ich verspreche, dass wir in diesem Jahr ein wenig mehr Fleisch am Knochen bekommen diesbezüglich. Ich weiss auch nicht genau. Ich möchte mir einfach diese Auszeit nehmen, um dies beantworten zu können. Deshalb wäre ich sehr froh, wenn wir diese Motion überweisen, damit der Gemeinderat und insbesondere danach die Schulkommission arbeiten, und Euch etwas Fundiertes vorlegen können.

Die Vorsitzende: Ich möchte noch kurz etwas sagen als Schulkommissionsmitglied. Wenn ich es richtig interpretiere, wenn nun diese Motion, wie sie neu eingereicht worden ist, abgelehnt wird, dann können die ganzen Vorgaben, welche gemacht werden, meiner Meinung nach von der Schulkommission nicht mehr gemacht werden. Diese müssen den Entscheid des Parlaments akzeptieren, dass das Parlament gesagt hat: "Nein, Ihr überprüft diese Grundlagen nicht, Ihr holt keine externe Unterstützung ein." Und ich glaube, dies muss man schon miteinbeziehen. Dies wäre ein Entscheid des Gemeindeparlaments, und da könnte sich weder die Schulkommission noch der Gemeinderat darüber hinwegsetzen, wenn dies hier abgelehnt wird.

Simon Eugster (FDP) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

*15 Minuten Time Out.*

Raphael Racine (SP): Ich wollte nichts Inhaltliches sagen. Ich gebe Emanuel recht, meine Wortwahl "unter aller Sau", war vielleicht gerade ein wenig "unter aller Sau". Dafür möchte ich mich entschuldigen, und ich möchte nicht in dem Sinne auf jemanden, welcher neu und enthusiastisch im Parlament ist, einschlagen. Von daher, Entschuldigung. Es ist sicher eine emotionale Debatte, man hat die Voten nicht vorbereitet, dann kommt halt vielleicht ein wenig der Stammtisch durch. Entschuldigung, Simon!

Joe Brunner (SP): Ein kleiner Punkt, wir werden der Motion mit der ganzen Fraktion zustimmen, wenn Simon einverstanden ist mit einer kleinen Änderung von zwei Worten und zwar im 3. Punkt: "Die Arbeiten innerhalb eines Jahres unter dem Lead der Schulkommission und wenn nötig, mit externer Unterstützung abzuschliessen." Wir möchten einfach nicht, dass nun wieder 100 Seiten produziert werden durch eine grosse externe Unterstützung mit Gutachten usw., sondern diese Leute von der Schulkommission und die Lehrerschaft an dieser Thematik arbeiten. Wenn nötig kann externe Unterstützung eingeholt werden. Also die Frage an Simon, bist Du einverstanden mit diesen zwei zusätzlichen Worten?

Simon Eugster (FDP): Ich bin damit einverstanden.

Die Vorsitzende: "...und wenn nötig mit externer Unterstützung..." ist nun von Simon so abgeändert worden, weil gemäss der GO GGR hat nur Simon Eugster, also der Motionär, die Möglichkeit, seine Motion anzupassen.

Beschluss (32 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen)

Die Motion Eugster (FDP): "Schulinfrastruktur der Zukunft" wird überwiesen.

**12. Motion Grossenbacher (Grüne) / Künti (SP): #evakuieren JETZT – auch nach Muri-Gümligen!**

Für den Gemeinderat spricht Martin Häusermann: Es ist unbestritten, die Lage auf den griechischen Inseln ist eine menschenunwürdige Situation für die Flüchtlinge. Es schmerzt, dass die europäische Staatengemeinschaft keine adäquate Antwort auf diese Flüchtlingssituation hat. Der Gemeinderat hat in seiner Botschaft die Aufgabenteilung zwischen den einzelnen Staatsebenen aufgezeigt und insbesondere auch die Rolle der Gemeinde, und die an die Gemeinde übertragene Verantwortung erläutert. Der Gemeinderat will keine Druckmittel einsetzen. Druck erzeugt Gegendruck. Vielmehr setzt er auf eine gute und kooperative Zusammenarbeit unter den Akteuren. Selbstverständlich kann man zu dieser Motion geteilter Meinung sein. Dies zeigt zum Beispiel auch das Abstimmungsverhalten in Ostermundigen oder Köniz, wo ähnliche oder gleichlautende Vorstösse eingereicht worden sind. Das Parlament von Ostermundigen hat diese Motion – Irrtum vorbehalten – mit Stichentscheid der Präsidentin angenommen. Der Gemeinderat hat inzwischen auch schon kommuniziert, und das Parlament von Köniz hat gestern getagt, und dort hat der Gemeinderat einen Antrag auf Überweisung gestellt. Der Gemeinderat zeigt Bereitschaft, Flüchtlinge im Rahmen des eingespielten Ablaufs im Asyl- und Migrationswesen aufzunehmen. Wir leisten unseren Beitrag, indem wir innerhalb der kommunalen Zuständigkeit gute Arbeit leisten und Rahmenbedingungen zur sozialen Integration schaffen. Aus diesen Gründen empfiehlt der Gemeinderat die Ablehnung der Motion.

Als Erstunterzeichnende spricht Franziska Grossenbacher (Grüne): Wir fordern mit unserem Vorstoss zwei Sachen: Einerseits durch den Anschluss an dieses Gemeindeforum den Druck auf den Bundesrat zu erhöhen, die Direktaufnahme von Flüchtlingen zu ermöglichen. Und zweitens soll sich unsere Gemeinde bereit erklären, Menschen aus den Flüchtlingslagern in der Ägäis aufzunehmen. Den ersten Punkt will der Gemeinderat, wir haben es gehört, nicht annehmen, weil er rein symbolischer Natur sei. Dazu möchte ich Folgendes festhalten: Es stimmt, dass Gemeinden aktuell nicht die Kompetenz haben für die Direktaufnahme, aber 38 Gemeinden in der Schweiz – darunter grosse Städte, aber auch kleine Gemeinden – wollen dies und sind in diesem Gemeindeforum zusammengeschlossen. Ein entsprechender Vorstoss ist auf nationaler Ebene überwiesen worden, nur ist es eben so, dass auf nationaler Ebene noch genau nichts passiert ist. Deshalb ist der Druck von unten, von den Gemeinden, nach wie vor sehr wichtig. Es waren auch die Gemeinden, welche den Bundesrat in jüngster Zeit davon abgehalten haben, Asylsuchende nach Afghanistan zurückzuschicken. Zum Glück, wie sich die Entwicklungen in der letzten Zeit gezeigt haben. Dieser Beitritt zum Netzwerk der Gemeinden ist ein Zeichen. Es ist ein Zeichen für Menschlichkeit, es ist ein Zeichen für die Verteidigung der Menschenrechte, ein Zeichen für die Kraft der Gemeinden, welche mithelfen wollen, dieses unsägliche Leid ein wenig abzumildern. Dieser Druck von unten ist nicht nur symbolischer Natur, sondern er kann viel bewirken. Zum Votum, welches wir vorher gehört haben, würde ich sagen, es ist nun eben nicht mehr die Zeit der eingespielten Abläufe, sondern es ist Zeit, etwas zu unternehmen gegen dieses unsägliche Leiden. Zum zweiten Punkt: Der Gemeinderat argumentiert, dass unsere Unterkünfte in der Gemeinde voll seien, und wir deshalb keine Geflüchteten direkt aufnehmen können. Wir meinen, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Es gäbe durchaus Möglichkeiten für die Unterbringung von Geflüchteten, von Menschen in der Not in Muri-Gümligen. Und eine reiche Gemeinde wie unsere steht erst recht in der Verantwortung. Zum Schluss möchte ich noch etwas ganz Persönliches deponieren. Ich bin im November 2015 zum ersten Mal Mutter geworden. Dannzumal ist die grosse Flüchtlingswelle auf Europa zugekommen. Mir ist damals so richtig bewusst geworden, wie zufällig eigentlich das Schicksal verteilt ist. Ich habe meinen Sohn hier in der sicheren Schweiz zur

Welt gebracht. Er hätte aber genauso gut in einem Flüchtlingslager in Griechenland geboren werden können mit dramatisch anderen Zukunftsperspektiven! Aus dieser Zufälligkeit ergibt sich für mich eine Verantwortung, uns für die Menschen in Not einzusetzen. Ich danke Euch, dass Ihr mithelft, heute Abend diesen Vorstoss zu überweisen.

Als Mitunterzeichnende spricht Karin Künti (SP): Ich erlaube mir, aus meiner Perspektive und auch im Namen unserer Fraktion das Votum von Franziska noch ein wenig zu ergänzen, und vielleicht noch ein wenig umzuformulieren. Der Gemeinderat hat in seiner Botschaft von einem Zeichen gesprochen. Wir sprechen immer wieder von Zeichen. Ja, setzen wir ein Zeichen der Humanität und der Solidarität im Blick auf die prekären Lebensbedingungen von Menschen, die auf der Flucht sind. So ein Zeichen ist wichtig. Ostermundigen – wir haben es gerade gehört – hat ein solches Zeichen gesetzt, auch wenn rechtliche und praktische Gründe zuerst dagegen sprechen mögen.

Zum rechtlichen Aspekt: es ist natürlich die Bundespolitik, welche in erster Instanz zuständig für die Aufnahme ist. Durch die signalisierte Bereitschaft, Geflüchtete auch wirklich aufnehmen zu wollen, können Gemeinden aber Einfluss nehmen und etwas Druck vom Bund wegnehmen. Das ist mehr als ein Zeichen, mehr als ein politisches Statement, sondern signalisiert Verantwortung angesichts des offensichtlichen und masslosen Leidens und des dringend bestehenden Handlungsbedarfs.

Zum praktischen Aspekt ist zu sagen, dass der Spielraum, hier in Muri-Gümligen weitere Geflüchtete aufzunehmen, zwar begrenzt, aber vorhanden ist. Ich bin selber 2015 / 2016 in der NUK Siloah ein- und ausgegangen in meiner damaligen beruflichen Funktion, und es ist sonnenklar, dass es sich dabei um eine Notunterkunft handelt, die für besonders schutzbedürftige Personengruppen nicht wirklich geeignet ist. Aber, es besteht eine Not, und ich denke, dass die bestehenden Unterkünfte mindestens vorübergehend sicherer und geeigneter sind als alles, was in Moira zur Verfügung steht. Ich bin ausserdem davon überzeugt, dass sich auch bessere Unterbringungsmöglichkeiten finden liessen, in Zusammenarbeit mit Kirchen und Privaten vor Ort, welche sich bereits 2015 und 2016 mit grossem Engagement und grosser Solidarität für die Geflüchteten in der NUK eingesetzt haben.

Und zuletzt denke ich an die vielen an Leib und Leben gefährdeten Menschen, die sich jetzt aufgrund der Ereignisse in Afghanistan wieder auf die Flucht begeben müssen. Die Fluchtwege bleiben gefährlich und führen oft zu weiteren humanitären Katastrophen. Moira wird noch überfüllter sein – umso wichtiger ist es, SOFORT und über die bisherigen Bemühungen hinaus zu handeln. Unser Spielraum ist – wie in anderen Gemeinden auch – begrenzt, doch er ist da, und ich bitte Euch, dass wir diesen nutzen!

*Eintreten wird nicht bestritten.*

*Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

*Keine Fraktionserklärungen.*

Weitere Wortmeldungen

Raphael Weibel (FDP): Nicht nur in der Ägäis, sondern im Moment auch in Kabul spielen sich dramatische Szenen ab. Es herrscht Chaos und Panik. Die Bilder aus Kabul gehen vielen von uns ans Herz und unter die Haut. Humanitäre Weckrufe sind derzeit einfach zu haben. Die Flüchtlingskrisen – von der

Ägäis bis hin zu Afghanistan – beschäftigen. Die Frage, wie können wir helfen, stellen sich alle. Doch das Richtige im richtigen Moment machen, müssen wir manchmal auch lernen zu akzeptieren. Die Schweiz verfügt über eine breit abgestützte Migrationspolitik mit einem funktionierenden Asylwesen. Der Bundesrat hat entschieden, primär rasch vor Ort Hilfe zu leisten. Das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR wird in seinen Bestrebungen unterstützt. Die Schweiz leistet Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe immer, und immer auch in einem Konflikt, soweit dies möglich ist. Die Schweiz hat gegenüber der internationalen Gemeinschaft die Verpflichtung, sich solidarisch zu zeigen und ihren Beitrag zur Bewältigung einer Krise zu leisten. Das tut sie mit langer Tradition und aus Überzeugung – und nicht im Alleingang. Wir könnten es gar nicht, weil, Ressourcen, welche es dazu braucht, Leute auszufliegen, Leute hierhin zu transportieren, Leute hier zu betreuen etc. – nicht nur Geldmittel – haben wir manchmal nicht, oder eben nur beschränkt. Nimmt der Bund Flüchtlinge auf, so sind die Kantone und Gemeinden verpflichtet, diese zu beherbergen. Das tun wir in Muri bei Bern – unsere Gemeinde hat das mehrfach unter Beweis gestellt. Ich bin überzeugt, dass man dies will und machen muss. Auch die Fraktion FDP. Die Liberalen trägt dieses Vorgehen voll und ganz. Der moralisierende Fingerzeig der Motion ist nicht angebracht. Wir kennen – und der Gemeinderat hat dies in seiner Antwort deutlich hinaus gestrichen – verschiedene Staatsebenen. Fragen der Asylpolitik liegen beim Bund. Es gibt eine Vielzahl von Organisationen und politischen Parteien, welche hier ihre Interessen intensiv und direkt auf Stufe Bund einbringen. Als Mitglied des GGR gestalten wir unsere Gemeindepolitik hier in Muri bei Bern. Dafür wurden wir gewählt. Gewiss fühlen sich einige Ratsmitglieder zu Höherem berufen, als bloss über Schulhaus-sanierungen oder Strassenbau-Abrechnungen zu tagen. Und oft dienen emotional vorgetragene Themen mehr der eigenen Profilierung als der Lösung von Zukunftsfragen unserer Gemeinde.

Unsere Parlamentssitzungen sind in den letzten Monaten auffällig länger, aber inhaltlich nicht immer substanzieller geworden. Das eigene Rollenverständnis verlangt, die Instrumente politischer Vorstösse auf unserer Gemeindeebene mit Bedacht und sachgerecht einzusetzen. Eine gewisse Bescheidenheit steht dabei jeder Gemeindepolitikerin und jedem Gemeindepolitiker gut an! Der Grosse Gemeinderat ist kein Bonsai-Nationalrat. Wir unterstützen die Haltung des Gemeinderats.

Die Vorsitzende: Ich möchte Euch bitten, Euch in Euren Voten auf das Wesentliche zu konzentrieren und nicht einzelne Mitglieder des Grossen Gemeinderats zu attackieren. Wir hatten vorhin bereits eine Diskussion. Es gibt einen gewissen Anstand hier. Ich habe es auch in meinem Antrittsvotum gesagt, als ich gewählt wurde, es hat jeder das Recht seine Meinung zu äussern, egal welche Politik er vertritt und welcher politischen Couleur er angehört. Es darf sich jeder hier zu Wort melden, und ich möchte Euch bitten, darauf zu verzichten, Euch danach gegenseitig dafür zu attackieren.

Walter Thut (forum): Ich hoffe, es ist ein anständiges Votum. Ein elendes Leben vermitteln uns diese Bilder aus den Flüchtlingslagern im Moment. In Afghanistan ist es ja auch nicht besser, dies haben wir vorhin gehört. In Syrien geht der Krieg in das 2. Jahrzehnt und am Horn von Afrika sind schon 60 Jahre Krieg. Viele haben bei uns ein besseres Leben bekommen, viele aber wurden abgewiesen und leben heute irgendwo anders in der Welt. Die schweizerische Flüchtlingspolitik ist Sache des Bundes, dies wissen wir. Wie sie auch immer ausgestaltet ist, sie macht nicht alle Bürger\*innen zufrieden. Wegen so viel Leid der Welt gibt es neben staatlichen viele Privatinitiativen, Organisationen hier und dort, öffentliche Körperschaften, Kirchen z.B., welche sich neben den Landesregierungen für Linderung einsetzen. Auch wenn es dort, wo die Hilfe hingehet nur ein Tropfen auf den heissen Stein ist, so ist es hier nicht so, dass das Leben deswegen schwieriger würde. Da gibt es z.B. 38



Städte und Gemeinden, welche mit einem Zeichen – wir haben uns nicht abgesprochen wegen dem Wort "Zeichen" – die Eidgenossenschaft zu mehr Handeln auffordern. Im Bundeshaus soll man wissen, was die Menschen in diesem Land rührt. Wenn man diesen politischen Vorstoss, welchen wir hier heute Abend behandeln, formell beurteilt, dann lehnt man ihn ab. Wenn man aber zusammen mit Wohlen, Spiez, Ostermundigen, Köniz, Cormoret, Burgdorf, Biel und Bern ein Zeichen – es tut mir leid, dass es nochmals kommt – setzen will, und die Türe für die Schutzbedürftigen einen Spalt weit öffnen will, dann reiht man sich eben hier ein. Das zu entscheiden ist nicht immer einfach, und dies haben wir in der Fraktions-sitzung auch gespürt. Das forum hat sich nicht gerade aufgerieben, aber wir haben beides intensiv diskutiert, wissen wo das Herz ist, wissen aber auch, wo der Kopf ist. Und auch Ihr werdet es Euch nicht einfach gemacht haben bei dieser Vorlage. Danke für die Aufmerksamkeit!

Raphael Racine (SP): Ich werde dieser Motion klar zustimmen, befürchte aber gleichzeitig, dass sich wahrscheinlich hier im Saal keine Mehrheit dafür finden wird, oder ich bin gespannt. Ich habe noch "eine andere Piste" für den Gemeinderat: Im September 2020 hat sich der Gemeinderat angesichts des Brandes beim Flüchtlingslager Moria auf Lesbos bereit erklärt, CHF 5'000.00 an ein Hilfswerk vor Ort zu spenden. Deshalb stelle ich mündlich an den Gemeinderat eine kleine Anfrage, dies ist vielleicht auch formell jetzt nicht korrekt, aber was soll's: "Kann sich der Gemeinderat vorstellen, angesichts der dramatischen Situation in Afghanistan wiederum eine Spende in der Höhe von mindestens CHF 5'000.00 an ein Hilfswerk für Flüchtlinge zu überweisen?"

Die Vorsitzende: Ich bin nun formell gerade etwas überfordert, wie wir dies entgegennehmen müssen. Ich weiss nicht, ob sich bereits jemand der Gemeinderäte dazu äussern möchte, oder ob man dies an der nächsten Sitzung beantworten will?

Ich schlage sonst vor, dass wir dies am Schluss entgegennehmen, wenn wir die Vorstösse behandeln, so hat der zuständige Gemeinderat Zeit, sich zu besprechen.

*Das Schlusswort wird weder von Martin Häusermann (GR) noch von Franziska Grossenbacher (Grüne) oder Karin Künti (SP) verlangt. Kein Rückkommen.*

Beschluss (GR-Antrag auf Nichtüberweisung: 19 Ja / 13 Nein / 1 Enthaltung)

Die Motion Grossenbacher (Grüne) / Künti (SP): #evakuieren JETZT – auch nach Muri-Gümligen! wird nicht überwiesen.

### **13. Postulat Häuselmann (forum): Verwendung von öffentlichem Grund für individuellen Botschafts-Schutz**

Für den Gemeinderat spricht Carole Klopstein: Auch hier wissen wir, es handelt sich beim vorliegenden Sachverhalt um ein Thema, welches hoch emotional sein kann, und es kann durchaus sein, dass es in den Quartieren und bei den Bewohnenden der Quartiere auf Verunsicherung trifft. Dies entschärft sich natürlich nicht, indem noch ballistische Kabinen aufgestellt werden, vor allem wenn Botschaftsgebäude so oder so schon stark umzäunt sind und dadurch recht geschlossen wirken. Der Gemeinderat nimmt die entsprechenden Bedenken in der Bevölkerung wahr und ernst; allerdings sehen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten hier keine passenden Ansätze, wie wir dem Anliegen im Postulat nachkommen könnten. Wir haben versucht, dies hier ausführlich aufzuzeigen. Die Sicherheit und

der Schutz von Diplomatinen und Diplomaten obliegt übergeordnetem Gesetz und wir als Gemeinde, welche an ein Botschaftsviertel grenzt und auch selber Residenzen und Botschaften aufweist, arrangieren uns damit. Gesuche für ballistische Kabinen sind aber relativ selten. Es folgt auf jeden Fall eine Prüfung im Einzelfall, und dies wird von uns auch kritisch und genau wahrgenommen. Wir danken Euch, dass Ihr unserer Empfehlung folgt, das Postulat abzulehnen.

Bernhard Häuselmann (forum) verzichtet als Erstunterzeichnender auf ein Votum.

*Eintreten wird nicht bestritten.*

*Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

### Fraktionserklärungen

Franziska Grossenbacher (Grüne): Wir teilen die Sorge des Postulanten um die Privatsphäre bezüglich dem Botschaftsschutz. Wir finden auch, dass Botschaften und Residenzen eigentlich sehr schwer kompatibel sind mit Wohnquartieren, dies bekommt die Stadt Bern sehr stark zu spüren – wir auch noch, aber deutlich weniger. Trotzdem unterstützen wir das Postulat auch nicht, dieses Konzept erachten wir ebenfalls als übertrieben angesichts dessen, dass wir ja nicht 1000 oder 100 solcher Fälle erwarten. Wir unterstützen deshalb die Prüfung der Einzelfälle, aber was wir auf jeden Fall vom Gemeinderat erwarten, dass er sich wirklich für die Quartierverträglichkeit der Residenzen einsetzt und die Privatsphäre und den Datenschutz der Anwohnenden sehr hoch gewichtet.

Bernhard Häuselmann (forum):

Das Postulat umfasst zwei Anliegen:

1. Die konforme Nutzung von dieser Kabine sicherstellen.
2. Ein Konzept für den Umgang mit dieser Kabine auf öffentlichem Grund und weiteren solchen Kabinen erstellen.

Darum heisst das Postulat "Verwendung von öffentlichem Grund für individuellen Botschaftsschutz".

Die Antwort des Gemeinderats klärt den ersten Punkt präzise, und der Punkt kann abgehakt werden. Beim zweiten Punkt hat der Gemeinderat, und der eine oder andere im Parlament, den springenden Punkt leider umfahren. Der Gemeinderat wertet das Postulat so, dass die ballistische Kabine als Eingriff in die Privatsphäre wahrgenommen wird. Der Gemeinderat nimmt also an, dass sich primär ein paar renitente Anwohner der Mannenriedstrasse und des Gurtenwegs über einen unliebsamen Nachbarn ärgern. Erstens stimmt das natürlich – zweitens ist das aber trotzdem nicht der springende Punkt des Postulats.

Der Gemeinderat hat aus dieser Annahme heraus in seiner Antwort zu kurz gegriffen. Er will aus dieser Annahme heraus kein Konzept erstellen, wie vor Ablauf der Frist für die jetzt erstellte Kabine verfahren werden soll, und er will auch kein Konzept erstellen, wie wir in unserer Gemeinde grundsätzlich mit der Verwendung von öffentlichem Grund für individuelle Sicherheits-Bedürfnisse verfahren wollen. Aber genau das ist der springende Punkt.

Das Postulat ist nicht eingereicht worden, weil die Familien Burkhalter, Häuselmann und Schmitter jetzt diese Kabine vor ihren Küchenfenstern stehen haben und sich nerven. Das Postulat ist eingereicht worden, weil die Gemeinde eine eigene Meinung haben muss in der Frage "Wann darf Sicherheit auf Kosten des gemeindeeigenen Bodens passieren?" und diese Meinung auch aktiv einbringen muss gegenüber den Instanzen, die letztlich für die praktische Umsetzung von Sicherheit zuständig sind.

Es ist keine noble Geste des Gemeinderats, bei jedem Wiederholungsfall den Ball einfach den Bürgerinnen und Bürgern zuzuspielen, die dann halt Einsprache erheben müssen, wenn ihnen etwas nicht passt. Es ist klar, dass ballistische Kabinen und bewaffnete Soldaten nicht in das Erscheinungsbild unserer Gemeinde passen, weil wir keine Botschafts-Quartiere haben, wie etwa die Stadt Bern in der Brunnadern.

Es ist auch besonders darum keine noble Geste, weil der Gemeinderat so oder so spätestens per 31. Mai 2025 Farbe bekennen muss. Er hat eine Konzession gegeben für die erste ballistische Kabine auf Gemeindegebiet, und er muss dann, am 31. Mai 2025, verbindlich sagen, ob er diese Konzession verlängert oder nicht. Wenn der Gemeinderat die Konzession nicht erteilt, dann ist klar festgehalten im Entscheid der kantonalen Bau- und Verkehrsdirektion zu dieser Geschichte, dass die Kabine an diesem Standort zurückgebaut werden muss. Sie wird dann also nicht mehr auf gemeindeeigenem Boden stehen, sondern sie wird dann allenfalls auf privatem Boden des israelischen Botschafters gebaut. Es ist also nicht so, dass die Gemeinde wegen übergeordnetem Recht in der Frage der Verwendung ihres öffentlichen Bodens nichts zu sagen hat. Das Thema ist vielleicht nicht die grösste Sorge des Gemeinderats, aber auf diesem Stand kann das forum und sicher alle anderen, welche das Postulat mitunterzeichnet haben, dieses Geschäft so nicht durchwinken. Wir möchten in diesem Fall den Gemeinderat gerne noch einmal bitten zu prüfen, ein durchgedachtes Konzept vorzulegen. Der GGR soll das Postulat entsprechend bitte annehmen.

Die Vorsitzende: Wir sind nun noch 32 Ratsmitglieder, Roland Lütolf hat sich verabschiedet.

*Keine Wortmeldungen.*

*Das Schlusswort wird weder von Carole Klopstein (GR) noch von Bernhard Häuselmann (forum) verlangt. Kein Rückkommen.*

Beschluss (GR-Antrag auf Nichtüberweisung: 22 Ja / 10 Nein / 0 Enthaltungen)

Das Postulat Häuselmann (forum): Verwendung von öffentlichem Grund für individuellen Botschafts-Schutz wird nicht überwiesen.

**14. Interpellation SVP/FDP: Überbauung "Zone mit Planungspflicht Turbenweg", auch "Kosmoos" genannt**

Für den Gemeinderat spricht Carole Klopstein: Ich halte mich hier kurz, da die Antwort bereits sehr ausführlich ist, aber da sie bereits ein bisschen länger zurückdatiert ist hier noch kurz zwei Ergänzungen: Es ist so, dass zwischenzeitlich Gespräche und Abklärungen stattgefunden haben, und es werden auch noch weitere folgen. Die Mietverträge Turbenweg sind noch nicht unterzeichnet.

Christian Spycher (SVP): Wir danken dem Gemeinderat dafür, dass er diese Sache einer Analyse unterzogen hat.

Unseres Erachtens ist es halt so, dass es sich rächt, wenn man anlässlich einer Abstimmungspropaganda Versprechungen macht, welche man später nicht halten will. Einfach grosse gbm-Büros und eine Cafeteria mögen rechtlich gesehen vielleicht möglich sein, die anlässlich der Auflage erweckten Erwartungen können sie aber nicht erfüllen.

Entsprechend erwarten wir, dass die im letzten Absatz von Ziffer 6 skizzierten Lösungsansätze konsequent umgesetzt werden. Die für publikumsorientierte

Zwecke vorgesehenen Flächen müssen einen guten Mix an echt publikumsorientierten Geschäften bringen, nicht einfach einen Riesen-gbm-Shop und eine Cafeteria für die Wohnüberbauung. Schliesslich hat es in unmittelbarer Nähe bereits das "Goldvreneli" und das Coop-Restaurant. Eine Cafeteria erscheint deshalb als verzichtbar, besser würden dort andere, wirklich publikumsorientierte Dienstleistungen untergebracht, damit der städtebaulich anvisierte, attraktive Mix erreicht werden kann.

Die Vorsitzende: Wird aus der Mitte des Rats die Diskussion verlangt? Falls dies der Fall ist, müsste ein Drittel der anwesenden Ratsmitglieder dem zustimmen.

Bernhard Häuselmann (forum) stellt den Antrag auf Diskussion.

Beschluss (13 Ja / 19 Nein / 0 Enthaltungen)

Es wird eine kurze Diskussion zu diesem Traktandum geführt.

Die Vorsitzende: Wir sind 32 Anwesende, ein Drittel sind 11 Personen, somit ist dieser Antrag angenommen worden. Ich bitte Euch, in Euren Voten kurz zu bleiben.

Bernhard Häuselmann (forum): Bei der Diskussion über den Turbenweg ist die ganze Fraktion ungewöhnlich warm geworden bis heiss gelaufen. Eine Kaltfront hat uns danach den Kopf zum Glück wieder gekühlt. Dennoch ein paar Gedanken dazu mit einem möglichst gepflegten Wortschatz ohne emotionale Ausbrüche.

Haarsträubend ist noch nicht besonders originell, aber passend für den Umgang mit dem lokalen Gewerbe. Man ist in der Zwischenzeit sicher weiter, doch dies passt noch nicht ganz. Der Gemeinderat sollte nicht vergessen, dass man in einer Gemeinde auch lebendiges Gewerbe braucht und für einen publikumsorientierten Standort in der "Zentrumszone Gümligen" auch ganz viele lebendige Menschen. Daran haben wir uns wirklich warm geredet, weil wir glauben, lebendige Menschen wollen nicht unbedingt die gbm überall in diesem Gebäude arbeiten sehen. Sie möchten eine andere Nutzung haben. So wie es nun vorgesehen ist, kann man offenbar davon ausgehen, dass sich die gbm nicht im ersten Stock verwalten kann; alles muss publikumswirksam im EG oder im Pavillon vor dem PC hocken. Wir haben uns auch gestört daran, dass nun statt 40 % Wohnungen 78 % realisiert werden sollen, weil die Nachfrage nach Wohnungen plötzlich gestiegen sei. Und schon haben wir einfach eine klassische Rendite-Immobilie mehr. Die belebte Zentrumszone Gümligen ist in ihrem südwestlichen Zipfel praktisch schon gestorben. Nonchalant ist der "träfe" Ausdruck von den Welschen, wenn jemand unbekümmert und sorglos am Werk ist. Was im Alltag noch als lässig und positiv durchgehen könnte, ist mit dem Umgang mit dem Siegerprojekt und mit dem Umgang mit den politischen Auflagen klar negativ besetzt.

Das Bewusstsein einer suboptimalen Aufwertung des Areals ist immerhin da. Aber nur die Bereitschaft, es besser zu machen – und deshalb sind wir etwas heiss geworden im forum – ist grad nochmal nonchalant. Es ist imperativ, das besser zu machen.

Ich habe erwähnt, was alles an planerischen Vorarbeiten geleistet worden ist, wie man sich engagieren konnte. Das forum hat darum einen Wunschzettel, was wir alles gerne hätten in diesem Zusammenhang:

- Bitte schaut genauer hin!
- Bitte setzt durch, was der Souverän beschlossen hat!
- Bitte nehmt Verzögerungen in Kauf!
- Bitte wechselt den Kurs auch, weil das Geschäft wegweisend ist und Präjudiz schafft für ähnliche Geschäfte, die noch auf uns zukommen.

Die Beratung ist damit abgeschlossen.

**15. Interpellation Racine (SP) und Grütter (SVP): Fragwürdige Kampagne der Gemeindebetriebe Muri (gbm)**

Gabriele Siegenthaler Muinde verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Raphael Racine (SP): Vielen Dank für die Antwort lieber Gemeinderat, welche mich teilweise zufriedengestellt hat. Ich hätte allgemein mehr Sensibilität der gbm erwartet. Ich möchte einfach noch auf einen Punkt hinweisen, ich bin im Gegensatz zur Botschaft des Gemeinderats durchaus der Auffassung, dass das Parlament eine Kontrollfunktion hat über die gbm nämlich über die Geschäftsprüfungskommission. Ich bin ja selber Teil der GPK. Wir haben 2018 eine Verwaltungskontrolle durchgeführt. Es ist obligatorisch, dass man dies jedes Jahr macht. Wir haben dort die gbm kontrolliert, deshalb finde ich es einen Interessenkonflikt, man kann nicht gleichzeitig Werbung machen für die gbm, aber z.B. in der Geschäftsprüfungskommission sein. Es fällt auf, dass die gbm schon immer etwas höhere Beträge in die Werbung hineinsteckt, was ich selber auch nicht so positiv sehe.

Die Beratung ist damit abgeschlossen.

**16. Interpellation Fraktion forum: Sicherstellung der Ordnung und Hygiene an der Aare**

Gabriele Siegenthaler Muinde verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Walter Thut (forum): Wir sind zufrieden mit der Antwort. Unser Anliegen war vor allem das Littering und nicht die Sicherheit. Im Vordergrund der Antwort war es eher umgekehrt, dies ist natürlich auch recht so. Warum ich die Broncos nie sehe, obwohl ich viel an der Aare bin, ist mir nun auch klar, sie kommen nämlich immer nur, wenn es dunkel ist und halten sich möglicherweise nur kurz an der Aare auf. Sie haben in diesen 4 Stunden, während sie unterwegs sind, auch das ganze Gemeindegebiet im Auge zu behalten. Ich danke für die Arbeit und für die Beantwortung der Interpellation.

Die Beratung ist damit abgeschlossen.

**17. Interpellation Beck (EVP): Verbot Werbeplakate für Bordell-Besuche**

Carole Klopstein verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Hanna Beck (EVP) verzichtet auf ein Votum.

Die Beratung ist damit abgeschlossen.

## 18. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Gabriele Siegenthaler Muinde: Wie Ihr vielleicht gelesen habt, findet in der Gemeinde in der Nacht vom 11. auf den 12. September ein vielfältiges, spannendes, besinnliches Programm in unserer Gemeinde statt unter dem Stichwort "Mondnacht". Ich würde mich freuen, wenn viele von Euch das eine oder andere Angebot in Augenschein nehmen würden. Das Programm findet Ihr unter "Aktuelles" auf der Homepage der Gemeinde.

Thomas Hanke: Ich habe drei kurze Mitteilungen:

1. Ihr habt von Karin Pulfer eine Einladung bekommen für das Sounding Board "Pflichtenheft Aussenraum Gemeindehaus", welches am 21. September 2021, 18.00 Uhr, eine Stunde vor der nächsten GGR-Sitzung im Geografie-Zimmer stattfindet vis-à-vis im Schulhaus Moos. Anmeldungen bitte bis am 17. September 2021, 10.00 Uhr; bitte beachtet, dass alle Fraktionen vertreten sind.
2. Der Gemeinderat hat für Haiti eine Spende von CHF 5'000.00 gesprochen, diese Spende geht an ein Hilfswerk mit Schweizer Sitz zur Verwendung für die tragischen Opfer.
3. Der Gemeinderat kann sich die einfache Anfrage von Raphael "Kann sich der Gemeinderat vorstellen angesichts der dramatischen Situation in Afghanistan wiederum eine Spende in der Höhe von mindestens CHF 5'000.00 an ein Hilfswerk für Flüchtlinge zu überweisen?" durchaus vorstellen.

## 19. Neue parlamentarische Vorstösse

### **Postulat Meichtry, Grossenbacher (Grüne): Zukunft der gemeindeeigenen Landwirtschaftsbetriebe und -flächen**

*Antrag:*

*Der Gemeinderat wird gebeten ein Konzept vorzulegen, welches sich mit der Zukunft der Gemeindeeigenen Landwirtschaftsbetriebe und -flächen befasst. In diesem Konzept sind folgende Schwerpunkte zu berücksichtigen:*

- *Es wird eine Umstellung der Betriebe auf eine naturnahe Produktion angestrebt und die Biodiversität wird auf den Flächen und Betrieben gefördert.*
- *Vermittlung von Erlebnissen und Erfahrungen aus Natur und Landwirtschaft stehen neben der landwirtschaftlichen Produktion im Zentrum (Hof als Begegnungs- und Lern-Ort für die Gemeindebevölkerung).*
- *Die Quartierbevölkerung wird aktiv in die Landwirtschaft einbezogen.*
- *Es werden neue Betriebsformen und -konzepte gesucht, welche wirtschaftlich eigenständig und nachhaltig sind. Damit können in der Gemeinde Arbeitsplätze in der Nahrungsproduktion, -verarbeitung und -vermarktung erhalten und neue geschaffen werden.*

*Betreffend die Zukunft des Landwirtschaftsbetriebs Bodenacker nimmt der Gemeinderat Kontakt auf mit der Stadt Bern, um eine Kooperation mit dem Projekt "Stadtbauernhof" Eifenau zu prüfen.*

*Begründung:*

*Die Einwohnergemeinde Muri-Gümligen besitzt und verpachtet 35 ha Landwirtschaftsland und verfügt über zwei gemeindeeigene Landwirtschaftsbetriebe. Der Betrieb Egghölzli wird schon länger nicht mehr landwirtschaftlich genutzt und dient heute als Kindergarten und Tagesschule. Der Pächter des Betriebs Bodenacker hat angekündigt, dass er seine Pacht auflösen*

*will, sobald er einen neuen Betrieb gefunden hat. Der Kindergarten Egghölzli soll in Zukunft im Melchenbühl untergebracht werden, sobald die Sanierung abgeschlossen ist. Es stellen sich also bei beiden Betrieben Fragen zur künftigen Ausrichtung, Nutzung und Verpachtung.*

*Landwirtschaftsbetriebe in Siedlungsnähe, wie diejenigen in unserer Gemeinde, haben spezielle Herausforderungen zu bewältigen, z.B. nachbarschaftliche Konflikte aufgrund von Lärm und Gestank, aber auch die zunehmende Freizeitnutzung ("Hündeler", Betreten der Felder, Littering usw.). Andererseits bieten sich für Landwirtschaftsbetriebe in der Agglomeration auch neue Betriebs- und Nutzungsformen an, welche die Bevölkerung in die Produktion einbezieht und die Produktion und den Konsum näher zueinander bringen. Denn die Bevölkerung in der Agglomeration interessiert sich zunehmend für nachhaltige Produktions- und Konsumformen, will sich engagieren und sucht Möglichkeiten der Teilnahme. Im In- und Ausland gibt es zahlreiche Beispiele für solche neue Formen der Landwirtschaft ("urban gardening", "Permakultur", "solidarische Landwirtschaft"). Es entstehen neue Beziehungen sowie Betriebs- und Vermarktungsmodelle, welche sich als Alternativen mit positiver Wirkung auf Nachhaltigkeit und Biodiversität zeigen. Vor allem ermöglichen sie aufgrund neu geschaffener lokaler Vermarktungs- und Finanzierungskonzepte ein wirtschaftliches Überleben der Betriebe. Ein gutes Beispiel für einen solchen Betrieb ist der Radiesli-Hof in Worbboden (<https://www.radiesli.org>)*

*Die beiden Betriebe Bodenacker und Egghölzli würden sich sehr gut eignen, um solche neuen Formen von Agglomerationslandwirtschaft zu entwickeln. In Anbetracht des baldigen Endes der Pacht beim Betrieb Bodenacker und der ungewissen Zukunft des Betriebs Egghölzli ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um neue Nutzungs- und Betriebskonzepte zu entwickeln. Dabei sollen nicht nur die beiden Betriebe, sondern alle gemeindeeigenen Landwirtschaftsflächen betrachtet werden. Wir erwarten vom Gemeinderat ein Konzept mit Möglichkeiten zur künftigen Nutzung der Flächen und Betriebe mit den oben geschilderten Schwerpunkten.*

*In der Stadt Bern haben die Quartiervertretung des Stadtteils IV und die IG Efenau ein Betriebskonzept erarbeitet für einen Stadtbauernhof Efenau. Auf diesem Betrieb im Efenaupark läuft die Pacht 2025 aus und es ist kein Hofnachfolger in Sicht. Deshalb drängt sich auch dort eine Neuausrichtung auf, welche von der Quartierbevölkerung mit grossem Engagement unterstützt wird. Es wurde bereits ein Betriebskonzept erstellt. Folgende verschiedene Betriebsmodelle sind angedacht: Gemüseanbau in solidarischer Landwirtschaft, Beeren und Obstbau, Kräuteraanbau, Quartiermilch und Fleisch, Eierproduktion, Pädagogische Angebote (Kita, grünes Klassenzimmer), Hofladen, Parkcafé, geschützte Arbeitsplätze. Für die Zukunft des Betriebs Bodenacker erachten wir es deshalb als sinnvoll, sich mit der Stadt Bern abzusprechen und mögliche Synergien mit dem Projekt Stadtbauernhof Efenau zu suchen.*

Muri, 24. August 2021

H. Meichtry, F. Grossenbacher

*H. Beck, K. Stein, B. Häuselmann, P. Rösli, W. Thut, M. Koelbing, B. Gantner, G. Grossen, K. Künti, A. Zaccaria, S. Fankhauser, J. Brunner, K. Lanz, E. Schmid, R. Racine, S. Eugster, P. Messerli, E. Zloczower, M. Reimers (21)*

**Einfache Anfrage Schmid (SP) / Zaccaria (SP) / Bircher (FDP)  
Zeichen setzen**

*Beabsichtigt der Gemeinderat, im Hinblick auf die eidg. Abstimmung über die "Ehe für alle" öffentlich Stellung zu beziehen und ein Zeichen zu setzen? Andere Gemeinden und Städte tun dies, indem sie Regenbogen-Fahnen aufhängen.*



**Begründung:**

*Bei der überfälligen Ergänzung des Zivilgesetzbuches geht es um die Gewährung der verfassungsmässigen Rechtsgleichheit. Es stünde Muri-Gümligen als liberale Gemeinde gut an, hier ein sichtbares Zeichen zu setzen und Einwohner\*innen, die zur LGBTQ-Community gehören, zu zeigen, dass ihre Wohn-gemeinde hinter ihnen steht.*

*Muri, 24. August 2021*

*E. Schmid, A. Zaccaria, L. Bircher*

*S. Fankhauser, R. Racine, J. Brunner, K. Künti, G. Grossen, B. Gantner, M. Koelbing, W. Thut, K. Jordi, S. Eugster, B. Legler, R. Lütolf, M. Gubler, E. Zloczower, P. Messerli (18)*

**Einfache Anfrage Zaccaria (SP):  
Wo sind die Europaratsfahnen?**

*Warum wurden in der Gemeinde Muri b. Bern anlässlich der 1. August-Feierlichkeiten 2021 – entgegen der Tradition der vergangenen Jahre – keine Europaratsfahnen gehisst?*

*Muri-Gümligen, 26. August 2021*

*A. Zaccaria*

*S. Fankhauser, K. Künti, J. Brunner, R. Racine, M. Koelbing, S. Eugster, B. Legler, M. Gubler (9)*

**Einfache Anfrage Racine (SP): Spende an ein Hilfswerk?**

*Kann sich der Gemeinderat vorstellen, angesichts der dramatischen Situation in Afghanistan wiederum eine Spende in der Höhe von mindestens CHF 5'000.00 an ein Hilfswerk für Flüchtlinge zu überweisen?*

*Muri bei Bern, 24. August 2021*

*Raphael Racine*

*Die Antwort ist mündlich erteilt worden.*



## **Mitteilungen**

Die Vorsitzende: Ich komme zum Schluss der Sitzung.

Gehaltene Voten sind in schriftlicher Form an Karin Pulfer oder Sarah Schlumpf per Mail zu senden.

Ich wünsche Euch einen schönen Abend und hoffe, dass ich viele von Euch gleich noch am Apéro treffe, man muss auch nicht lange bleiben, doch es wäre sicher schön, wenn wir noch auf das erste Apéro dieses Jahres anstossen könnten. Das Datum des Parlamentsausflug habe ich Euch bereits kommuniziert, dieser findet – Stand heute, immer vorausgesetzt, dass es nicht neue Bestimmungen des Bundesrats gibt – am 28. Oktober 2021 statt. Das Detailprogramm steht noch nicht, wegen Corona ist es relativ schwierig, dies genau zu planen. Sobald ich mehr Infos habe, komme ich auf Euch zu. Die nächste Sitzung findet am 21. September statt, möglicherweise können wir noch nicht in die Aula des Moos-Schulhauses wechseln, weil wir dort die Abstände nicht einhalten können. Wir werden dies in den nächsten Tagen entscheiden. Eines ist sicher, sie wird nicht so lange gehen wie die heutige Sitzung, und ich hoffe auch, dass, wenn die Temperaturen und das Wetter noch gut sind, wir wiederum ein Apéro machen können.

Die Sitzung ist geschlossen.

\*\*\*\*\*

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN  
Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

Patricia Messerli

Sarah Schlumpf